



AIB

Antiimperialistisches Informationsbulletin

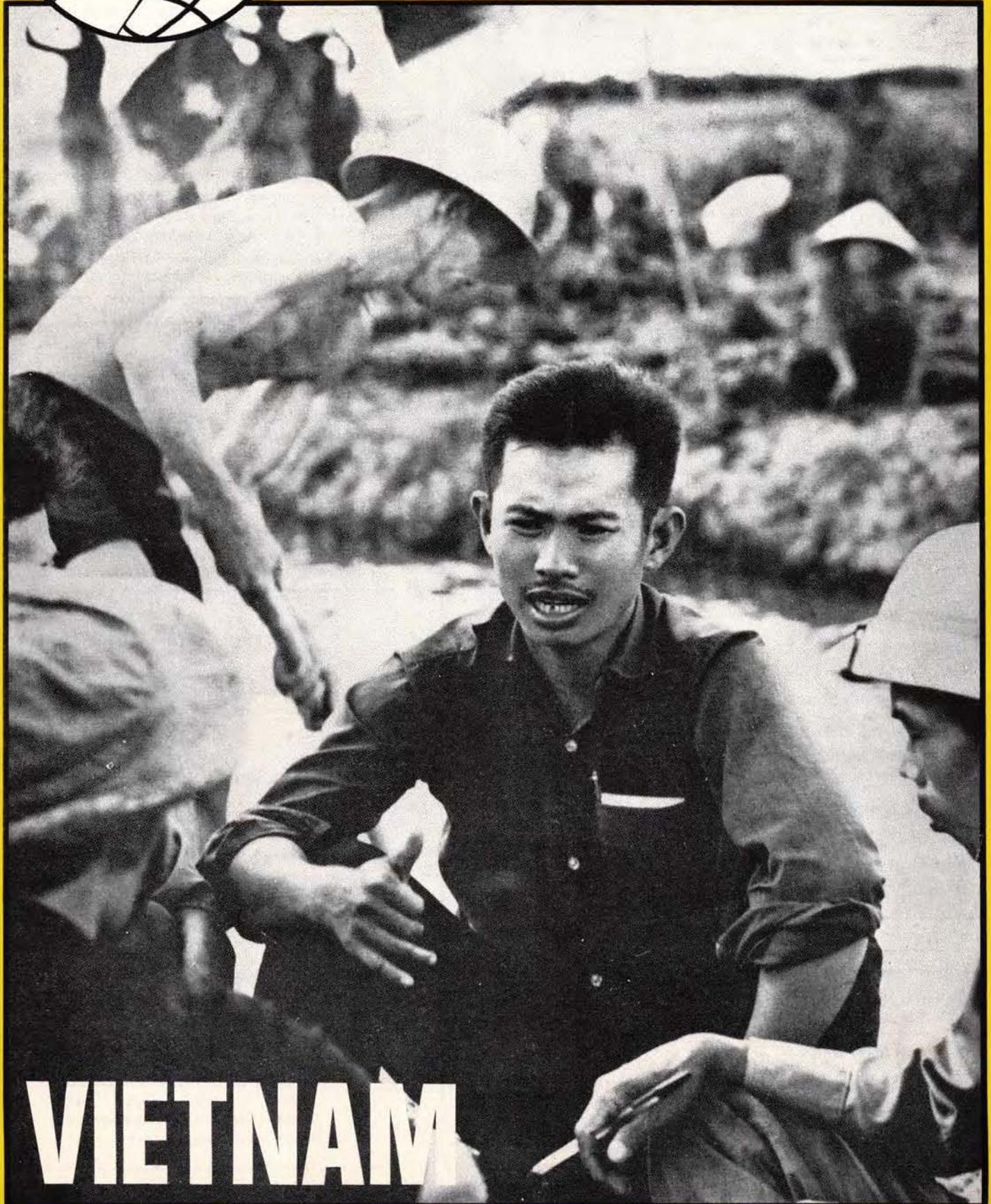
2V 20899 E

1,50 DM

Februar

Nr.2/1977

8. Jahrgang



VIETNAM

Inhalt

AIB-Aktuell

- Ja zur Patriotischen Front! S. 3
Jason Moyo
Wir stützen uns auf die
Massen Zimbabwes S. 3 – 4

Namibia

- Geheimmemorandum
Das CIA-Komplott gegen Namibia S. 5 – 9

Kenia

- Jaques Rogez
Die neokoloniale Krise S. 10 – 13
Länderübersicht Kenia S. 12 – 13

Vietnam

- Le Duan
Politischer Bericht an den 4. Parteitag
der Partei der Werktätigen Vietnams S. 14 – 17
Günter Ritter
Scholl-Latour und das US-Erbe in Vietnam S. 18 – 19
Frank Werkmeister
Vietnam-Freundschaft wird vertieft S. 20
Grundsatzklärung der Freundschafts-
gesellschaft BRD – SR Vietnam S. 21

Kampuchea

- Interview mit Pol Pot
Die wirklichen Probleme des
neuen Kambodscha S. 22 – 24
Verfassung des
Demokratischen Kampuchea S. 23

Korea

- Erklärung der Pariser Juristenkonferenz
Für Demokratie und Menschenrechte
in Südkorea S. 25 – 27

Chile

- Interview mit Clodomiro Almeyda
Lehren für eine antifaschistische Zukunft S. 28 – 30

Kurzinformation

- Erdöl, Südafrikasolidarität, Abu Daud
und Israels „humanitäre“ Grenze S. 30 – 32

IMPRESSUM:

Antiimperialistisches Informationsbulletin
Erscheint in der Weltkreis-Verlags GmbH
4600 Dortmund

Herausgeber: Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg,
Wolfgang Gehrcke, Bernd Hartmann, Georg Kwiatowski,
Herbert Lederer, Steffen Lehdorff, Rolf R. Priemer,
Barbara Schilling, Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus,
Christel Streubel, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Redaktionskollektiv: Gabriele Brönnner,
Wolfram Brönnner (presserechtlich verantwortlich),
Rainer Falk, Paul Maaskola, Jürgen Ostrowsky,
Wolfgang Ritter.

Anschrift der Redaktion: 3550 Marburg/L.,
Liebigstr. 46, Tel. 064 21 / 2 46 72.
Postscheckkonto 312093-607 PschA Frankfurt/M.,
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,
4600 Dortmund, Brüderweg 16.

Erscheinungsweise: monatlich

Bezugsbedingungen: Jahresabonnement 15,- DM;
Einzelheft 1,50 DM zuzüglich Porto; bei Abnahme
von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung
von 2 Belegexemplaren gestattet.

Druck: W. J. Becker, Marburg

Neben Herausgebern und Mitgliedern des Redaktions-
kollektivs arbeiteten mit:

H. Billstein, G. Broeker, P. Drescher, D. Fendt,
M. Hellmann, A. Hermanns, Ch. Knauf, L. Letsche,
A. Massard, H. Mayer, E. Münscher, B. Pflug, G. Ritter

Redaktionsschluß dieser Nummer: 22. Januar 1977

Anzeigen und Beilagen:

- Anzeige und Werbepostkarte der
Deutschen Volkszeitung
- Beitrittserklärung der Freundschaftsgesellschaft
BRD – SR Vietnam
- SWAPO-Posterkalender 1977
- Anzeige und Werbezettel zum AIB-Sonderdruck 1/1977
„Befreiung im Süden Afrikas“

Deutsche Volkszeitung

ein
demokratisches
Wochenblatt –
unentbehrlich
für
den
kritischen
Zeitgenossen

Probeexemplare unverbindlich und
kostenlos durch MONITOR-VERLAG
GmbH, Düsseldorf, Oststr. 154,
Postfach 5707 – Anforderungskarten
liegen dieser Ausgabe bei –

AIB - Aktuell: Ja zur Patriotischen Front!

Vom Beginn der Genfer Rhodesien-Konferenz im Oktober vergangenen Jahres an hatte das rassistische Smith-Regime mit seinem Beharren auf dem sogenannten „Kissinger-Plan“ (Wortlaut in AIB, Nr. 11-12/1976) einen Fortschritt in Richtung auf die Festlegung eines Unabhängigkeitstermins wie eines Mechanismus zur Übergabe der Macht an die afrikanische Bevölkerungsmehrheit und ihre Repräsentanten zu verhindern gewußt.

Nach ihrer Unterbrechung im Dezember 1976 ist nunmehr die Wiederaufnahme der Verhandlungen verschoben worden, da auch eine Verhandlungsmision des britischen Konferenzvorsitzenden Ivor Richard bislang keine positiven Resultate erbrachte. Offenkundig läuft ihr Zweck darauf hinaus, die Positionen der Rassisten wie des internationalen Kapitals unter möglichst günstigen Umständen über eine Zeitspanne zu retten, während der man den Einfluß der Befreiungsbewegung bedeutend schmälern zu können hofft.

Obzwar sich das Rassistenregime und seine imperialistischen Verbündeten insoweit einig sind, gehen über die konkrete Zukunft der Rassisten die Vorstellungen auseinander: Smith scheint entschlossen, sein Schicksal mit dem Südafrikas zu verknüpfen und durch eine Strategie der Provokationen gegen Moçambique und Botswana sowie des Verhinderns jedweder Verhandlungslösung seine Verbündeten zu zwingen, sich an seiner Seite in einem internationalen Konflikt im südlichen Afrika zu engagieren. Auf diese Gefahr wies jüngst Moçambiques Außenminister Joaquin Chissano in einem Interview hin (Afrique Asie, Paris, Nr. 126/10. 1. 1977, S. 18). Dies erklärt u. a. auch die Erklärung Smith's, die Genfer Konferenz sei als gescheitert anzusehen, nachdem die fünf „Frontstaaten“ Moçambique, Botswana, Sambia, Tansania und Angola Anfang Januar d. J. beschlossen hatten, ihre gesamte Unterstützung nur mehr den beiden in der Patriotischen Front kooperierenden, von Nkomo-Mugabe repräsentierten Befreiungsbewegungen Afrikanischer Nationalrat (ANC) und Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe (ZANU) zukommen zu lassen.

Dazu steht keineswegs im Widerspruch, daß Smith zugleich in Bischof Muzorewa einen möglichen Partner für eine neokoloniale Lösung des Zimbabwe-Problems sieht, der sich durch geheime Kontakte mit Smith's Geheimdienst sowie durch Kollaborationswilligkeit während der Genfer Konferenz für diese Rolle als prädestiniert erwiesen hat. Diese Variante findet nicht zuletzt den Beifall der großbürgerlichen Frankfurter Allgemeine (FAZ, 11. 1. 1977) – die noch im Sommer 1976 eben diesen Muzorewa als „Radikalen“ zu charakterisieren pflegte.

Wohl ist der FAZ dabei freilich nicht: Zu Recht befürchtet sie, daß der Versuch, mit Hilfe Muzorewas oder auch Sitholes die revolutionäre Legitimität der Befreiungsbewegung zu unterlaufen, die diese im bewaffneten Kampf erworben hat, von dieser mit entschiedenem Widerstand beantwortet wird. Daß allein sie als authentische Vertretung des Volkes von Zimbabwe berechtigt ist, die Macht zu übernehmen, wurde nun von den Staatshäusern der afrikanischen Frontstaaten gutgeheißen. Ob daran Muzorewas und Sitholes Gegenvorschläge, die darauf abzielen, sich durch ein Referendum wieder in Machtpositionen einzuschleichen, etwas verändern werden, scheint von daher fraglicher denn je.

Ohne oder gar gegen die Befreiungsbewegungen in der Patriotischen Front, deren bewaffnete Kräfte im Rahmen der Volksarmee Zimbabwes (ZIPA) kämpfen, gibt es keine Lösung. Obwohl zwischen ANC/ZAPU und ZANU nach wie vor zum Teil ernste Widersprüche bestehen, hat die zurückliegende Phase der Verhandlungen gezeigt, daß die Patriotische Front einen geeigneten Ansatz zur Einigung darstellt. Dieses gemeinsame Anliegen der konsequenten Kräfte beider Bewegungen kommt auch in dem nachfolgenden Interview mit Jason Moyo zum Ausdruck, dem Vorsitzenden der Ausenvertretung des ANC/ZAPU und Verantwortlichen für dessen bewaffnete Kräfte, der gemeinsam mit u. a. Robert Mugabe und dem Befreiungskomitee der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) Mitinitiator der ZIPA-Gründung im November 1975 war.

Jason Moyo

Wir stützen uns auf die Massen Zimbabwes

FRAGE: Welches sind Ihrer Ansicht nach die Ziele Englands und der USA?

J. MOYO: Dabei handelt es sich nicht allein darum, Smith an der Macht zu halten. Nachdem in Angola eine sozialistische Regierung unter der Führung der Volksbefreiungsbewegung Angolas (MPLA) zur Macht gekommen ist, zeigten sich die westlichen Länder sehr beunruhigt. Sie haben erklärt, daß sich das, was in Angola eingetreten ist, um keinen Preis im südlichen Afrika wiederholen dürfe. Das vorrangige Ziel Kissingers, Vorsters, Smith's und ihrer Verbündeten ist es, mit allen Mitteln die Kämpfe, die in Zimbabwe toben, zum Stillstand zu bringen. Schließlich ist ihnen bewußt, daß die Möglichkeiten, daß sich eine revolutionäre Macht in Zimbabwe etabliert, umso größer werden, je länger der Befreiungskrieg dauert.

Weiterhin haben sie vor, in der Zwischenzeit 4 Mrd Dollar in einen bereits eingerichteten Sonderfonds einzuzahlen. Dieses Vorhaben verfolgt drei Hauptziele: Stärkung der rhodesischen Wirtschaft, die durch das Embargo sehr in Mitleiden-



Jason Moyo, 2. Vizepräsident des ANC, wurde am 22. Januar 1977 in der Auslandsvertretung des ANC in Lusaka/Sambia durch einen Bombenanschlag getötet, sechs weitere ANC-Verantwortliche wurden z. T. schwer verletzt. Der Mord an J. Moyo durch die rhodesischen Rassisten ist ein schwerer Verlust für die Befreiungsbewegung Zimbabwes.

schaft gezogen ist; Ermöglichung für eine größtmögliche Zahl von Siedlern, Eigentümer des Landes, der Industrie- und Dienstleistungsbetriebe zu bleiben; sowie Begünstigung des Entstehens einer möglichst bedeutenden afrikanischen Bourgeoisie.

Unser Kampf ist antikapitalistisch

FRAGE: Welche Erfolgsaussichten hat ein solcher Plan in Ihrem Land?

J. MOYO: Die Hindernisse für seine Verwirklichung sind zahlreich. Die Amerikaner und Briten verfügen über gewaltige Mittel, aber es geht ihnen nicht darum, die Ausbeutung und das Elend des Volkes von Zimbabwe zu beenden. Wir wissen, daß wir uns im Kampf für die Vereitelung der anglo-amerikanischen Versuche, die Entwicklung des Sozialismus in dieser Region der Erde zu verhindern, auf die werktätigen Massen verlassen können.

FRAGE: Und was strebt Ihre Partei an?

J. MOYO: Wir sind entschlossen, gegen den Kapitalismus zu kämpfen. Dieser Kampf beschränkt sich nicht auf Zimbabwe; er entfaltet sich im Weltmaßstab. Wir sind Bestandteil der internationalen antiimperialistischen und antikapitalistischen Bewegung.

Wir kämpfen nicht dafür, eine schwarze Bourgeoisie an die Stelle einer weißen zu setzen. Unsere Politik war es stets, die Verhältnisse in Zimbabwe durch die Revolution zu verändern.

FRAGE: Glauben Sie nicht, daß es besser wäre, in zwei Etappen vorzugehen: sich zuerst vom Joch des Kolonialismus zu befreien (etwa wie in Sambia und Kenia) und sich dann mit der sozialen Revolution zu befassen?

J. MOYO: Sprechen wir nicht von Kenia oder Sambia. Ich befasse mich mit der Situation Zimbabwes, die ich gut zu kennen glaube. Die Unabhängigkeit, die wir verlangen, ist die hier in Genf verlangte; und diese ist nicht jene, welche die Angloamerikaner vorgesehen haben. Die Theorie der Revolution in zwei Etappen läßt sich nicht auf alle Verhältnisse anwenden. Wenn wir nicht genügend wachsam sind und uns an diese Theorie halten, werden wir rasch auf große Schwierigkeiten stoßen, denn wir haben in unserem Lande eine sehr mächtige Siedlerschaft, hinter der die USA, Großbritannien und Südafrika stehen.

Was wir wollen, und was wir hier verlangen, sind ein Datum für die Unabhängigkeit und ein Verfahren der Machtübergabe, das bereits dem Mehrheitsverhältnis Rechnung trägt. Wir sind äußerst mißtrauisch, denn wir wollen sicher sein, daß man uns keine Falle stellt.

FRAGE: Die in Genf anwesenden Delegationen der Nationalisten sprechen nicht alle mit einer Stimme. Glauben Sie, daß gewisse Nationalistenführer versucht sein könnten, auf den angloamerikanischen Plan einzugehen?

J. MOYO: Das ist in der Tat eine Torheit, die wir tagtäglich in der Presse lesen. Wenn Ihnen Führer der ZANU¹ dies gesagt haben, so setzen wir derartige Erklärungen auf das Konto billiger Publicity.

Ich gehe davon aus, daß alle Welt weiß, daß der bewaffnete Kampf nicht erst 1972 begonnen hat, sondern bereits vor mehr als zehn Jahren. Es sei nur an die Kämpfe bei Wankie, am Sambesi, bei Kariba, den Victoria-Fällen usw. erinnert. Seither haben wir nie zu kämpfen aufgehört. Wir führen den Kampf im Norden, im Zentrum, im Süden, Südosten und Westen des Landes. Die gegenteiligen Behauptungen weisen lediglich auf kleinliche politische Rivalitäten hin. Wir weigern uns, uns auf eine so armselige Polemik einzulassen.

FRAGE: Es wird behauptet, daß bestimmte Ihrer Kader Verrat geübt hätten und auf die Seite Ian Smith's übergegangen seien. . . Ich bitte um Entschuldigung hier nachzufragen, aber

die Vorwürfe sind noch präziser und wurden nicht nur von den imperialistischen Medien oder schlecht informierten Organen verbreitet.

J. MOYO: Das ist undenkbar! Die das behaupten, betreiben das Spiel der Spaltung. Indem sie diese Gerüchte gegen uns verbreiten, versuchen gewisse Leute Unterstützung für ihre Organisation zu erhalten. Wir weigern uns ihren Interessen zu dienen².

FRAGE: Es wird auch behauptet, daß Ihre Kämpfer im Feld sich weigerten, am Kampf teilzunehmen, bevor sie Befehl dazu von Ihrem Hauptquartier erhalten hätten, was einige Tage kosten könnte.

J. MOYO: Das ist vollkommen lächerlich.

FRAGE: Sie behaupten also folglich, den Guerillakampf Seite an Seite mit der ZANU fortzuführen?

J. MOYO: Nein. Wir haben gemeinsam gekämpft vom November 1975 bis zum April 1976, als in Moçambique und in Tansania Probleme auftraten, die in der Ermordung von fünfzig unserer unbewaffneten Rekruten gipfelten. Seither kämpfen ZANU-ZIPA³ und ZAPU⁴-ZIPA getrennt. Wenn beide Seiten sich zu ernsthafter Kooperation bereit finden, kann sich – nach einem Schulungsprozeß – die Lage ändern. Wir setzen alles daran, den Graben zuzuschütten, der uns trennen könnte.

FRAGE: Übt das militärische Oberkommando (der ZIPA, d. Red.) von achtzehn Offizieren noch seine Funktion aus?

J. MOYO: Es arbeitet nicht mehr als vereinigt Oberkommando. Die neun Offiziere jeder Bewegung arbeiten für sich.

Große Bedeutung der Patriotischen Front

FRAGE: Hat die Presse also Recht, wenn sie schreibt, Sie hätten ZIPA verlassen?

J. MOYO: Das kann niemand behaupten. Wir haben die ZIPA nicht verlassen. Die Volksarmee ist gemeinsam von den Kadern der alten ZANU und der alten ZAPU gebildet worden. Keine der Bewegungen kann für sich in Anspruch nehmen, die ZIPA stärker zu repräsentieren als die andere oder allein die ZIPA zu bilden. Indes, die wirkliche ZIPA kann nicht wiedererstehen, bevor wir uns wiedervereinen haben. Wir hoffen, daß die Bildung der Patriotischen Front ein Klima schaffen wird, das geeignet ist, die Atmosphäre zu reinigen, Irrtümer zu korrigieren, und daß sie erlauben wird, dem Volk und den Kadern die tatsächlichen Probleme, die einer wirklichen Vereinigung im Wege stehen, zu erläutern.

FRAGE: Betrachten Sie Robert Mugabe nicht als einen nationalen Führer?

J. MOYO: Wenn wir ihn nicht als authentischen Führer der ZANU betrachteten, hätten wir nicht mit ihm die Patriotische Front gegründet.

FRAGE: Gesetzt den Fall, würden Sie sich gemeinsam Wahlen stellen?

J. MOYO: Auf diese Frage werde ich antworten, wenn sich das Problem konkret stellt.

(Quelle: Jeune Afrique, Paris, Nr. 834-35/7. 1. 1977)

Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe, gegründet 1963
- 2) Derartige Behauptungen wurden z. B. aufgestellt von Rex Chiwara, Repräsentant der ZANU für Europa (Libération Afrique, Paris, Oktober 1976; nach: Facts & Reports, Amsterdam, Nr. 22/3. 11. 1976, S. 5)
- 3) Volksarmee von Zimbabwe, im November 1975 durch die Vereinigung der militärischen Abteilungen von ZAPU und ZANU gegründet
- 4) Afrikanische Volksunion von Zimbabwe, gegründet 1961

Mit Unterstützung seiner Verbündeten, namentlich der USA, versucht das südafrikanische Rassistenregime das rohstoffreiche Namibia im Einflußbereich des Imperialismus zu halten. Zwar mußte es verbal die Übernahme der Regierungsgewalt durch die afrikanische Bevölkerung zugestehen, zugleich aber richten sich Südafrikas und Washingtons Bemühungen darauf, die Befreiungsbewegung Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) als einzige legitime Vertretung des namibischen Volkes von der Macht fernzuhalten sowie die UNO aus dem Prozeß der Regierungsübergabe herauszuhalten.

Das Ziel Südafrikas und der USA ist es, angesichts der katastrophalen Niederlage ihrer aggressiven Politik in Angola möglichst reibungslos ein Marionettenregime eigener Wahl an die Spitze eines „unabhängigen“ Namibia zu bringen und dieses durch umfangreiche ökonomische und anderweitige Stützungsmaßnahmen zu stabilisieren. Dies ist verbunden mit Versuchen, weitere Nachbarstaaten im „westlichen“ Lager zu halten und als „feindlich“ eingestufte Nationen wie Angola durch fortgesetzte subversive und offen aggressive Manöver zu destabilisieren. Um in Namibia den Prozeß der Regierungsübergabe an den Favoriten Pretorias, den Stammeshäuptling Kapuuo, im Griff zu behalten, verschärfen die imperialistischen Partner sowohl ihre propagandistischen Kampagnen gegen die SWAPO und gegen den UN-Kommissar für Namibia, Sean MacBride, der unzweideutig für die SWAPO Partei nimmt.

Welch umfangreiches Arsenal verschiedenster Methoden die US-Regierung und ihre Organisationen in diesem Plan einsetzt, der in vielem an das Vorgehen im Falle Zimbabwes erinnert, dokumentieren zwei bei den Vereinten Nationen kursierende Schriftstücke, die detailliert Aufschluß geben über das Zusammenwirken von Geheimdiensten, sogenannten Werbeagenturen, ökonomischen Interessen, politischen Institutionen, „Hilfsorganisationen“ wie der Agency For International Development (Agentur für internationale Entwicklung, AID) sowie zynisch für die inhumanen Zwecke der Unterdrückungspolitik mißbrauchter Wissenschaft.

Eines dieser Dokumente, das wir im folgenden leicht gekürzt abdrucken, wurde unter dem Titel „Derzeitige geheime Operationen gegen Namibia“ in dem US-Magazin CounterSpy („Gegen-Spion“, eine ironische Anspielung auf den militärischen Begriff „Counterinsurgency“) im Dezember 1976 veröffentlicht. Zu den Mitarbeitern des von Vietnamkriegsgegnern gegründeten Magazins gehören auch Philip Agee und Victor Marchetti, zwei ehemalige CIA-Agenten, die durch ihre aufsehenerregenden Bücher „Inside The Company — CIA Diary“ bzw. „The CIA And The Cult Of Intelligence“ vor zwei Jahren authentisches Material über die verbrecherischen Aktivitäten der CIA der Öffentlichkeit zugänglich machten. Namentlich Agee, dessen Buch in Großbritannien unzensuriert veröffentlicht worden war, und der weitere brisante Enthüllungen über Umtriebe der CIA in Portugal und Griechenland gemacht hatte, ist ständig Verfolgungen und Bedrohungen seitens der CIA ausgesetzt. Die Mitarbeit Agees bei CounterSpy und insbesondere seine Berichte über CIA-Aktivitäten in Großbritannien, über die Kooperation zwischen CIA und dem südafrikanischen Geheimdienst BOSS führten gegen Ende des vergangenen Jahres dazu, daß die US-Regierung sogar London unter Druck setzte, Agee und einen weiteren amerikanischen Journalisten des Landes zu verweisen (Le Monde, 24. 11. 1976).

Geheimmemorandum

Das CIA-Komplott gegen Namibia

1. Die Chancen, Südafrika in der Namibia-Frage in absehbarer Zeit an den Konferenztisch zwingen zu können, erscheinen derzeit gering. Premierminister Vorster hat in einem weit hin verbreiteten Interview erklärt, er werde mit der SWAPO (Südwestafrikanische Volksorganisation von Namibia, d. Red.) nicht verhandeln. Dr. Kissinger war nicht in der Lage – oder willens – Südafrika zu irgendwelchen nennenswerten Konzessionen zu bewegen. Durch ihr Veto im Sicherheitsrat gegen ein Waffenembargo haben die westlichen Großmächte weitere Aktionen der Vereinten Nationen blockiert.

2. Südafrika ist infolgedessen dabei, seine Position in Namibia zu festigen. Bei seinen Bemühungen, die Kontrolle über das Land zu behalten, wird es von den westlichen Großmächten unterstützt, die Namibia im Rahmen des strategischen Gleichgewichts im südlichen Afrika große Bedeutung zumessen. Durch die Besetzung Namibias besitzt Südafrika einen weit in den Norden vorgeschobenen Aktionsradius für seine Verteidigung, was die Verteidigungsministerien unter den gegenwärtigen Bedingungen als einen wichtigen Vorteil betrachten. Ihrer Auffassung nach würde Südafrika militärisch und politisch geschwächt, wenn es zum jetzigen Zeitpunkt einer Machtübergabe an die SWAPO zustimmte.

3. Natürlich kann sich Südafrika in der jetzigen kritischen Lage keiner Täuschung bezüglich Namibias hingeben: Es muß sich dem starken Druck der Forderung nach Mehrheitsherrschaft fügen. Dies deutete sich bereits in Dr. Kissingers Rede



Sam Nujoma, Präsident der SWAPO, und der ehemalige US-Außenminister H. Kissinger bei ihrem ersten Treffen in New York Ende 1976

in Lusaka Ende April 1976 an. Oberflächlich betrachtet, hat sich die Politik der USA in dieser Frage geändert: für Namibia und Zimbabwe wird die Mehrheitsherrschaft gefordert. Dabei wird allerdings stillschweigend vorausgesetzt, daß Südafrika und die Westmächte sicherstellen sollen, daß sogenannte „gemäßigte“ Kräfte an die Macht kommen, von denen erwartet werden kann, daß sie keine radikalen Veränderungen oder politischen Umorientierungen anstreben.

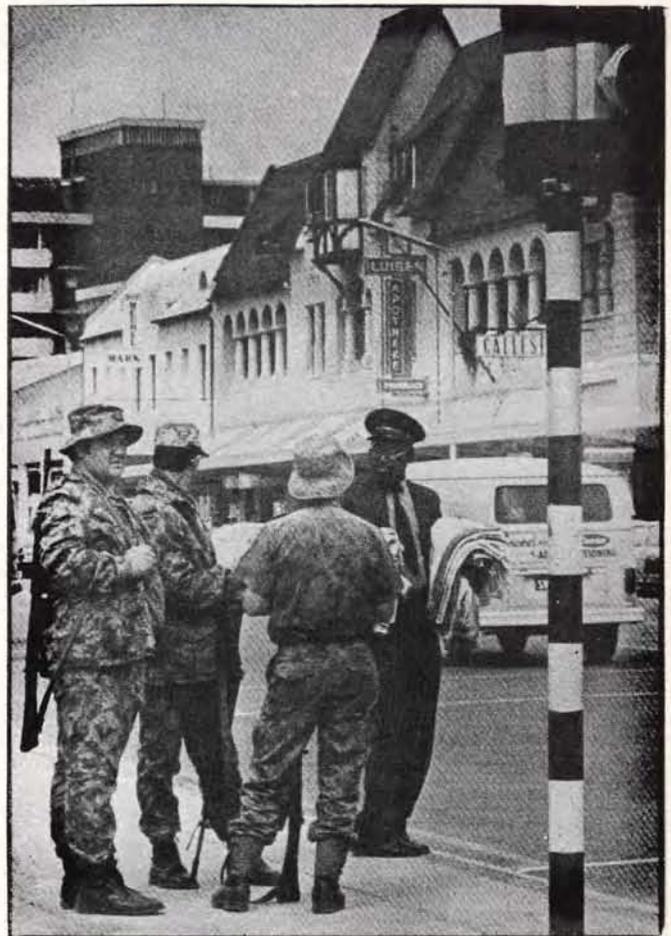
4. Südafrika und die hinter ihm stehenden Kräfte haben eine gemeinsame Strategie entwickelt, um diese widersprüchlichen Zielsetzungen miteinander in Einklang zu bringen. Südafrika plant, Namibia in naher Zukunft die „Unabhängigkeit zu gewähren“, wobei aber die SWAPO übergangen und die Macht an solche Kräfte übergeben werden soll, die Südafrika unter Kontrolle zu halten vermag. Die Turnhalle-Konferenz hat bereits ein vorläufiges „Unabhängigkeits“-Datum festgesetzt und eine Verfassungs-„Grundlage“ für die Arbeit einer Übergangsregierung geschaffen. Die südafrikanische Regierung betreibt jetzt eilends die Ernennung einer solchen Regierung, an deren Spitze nach den vorliegenden Informationen Kapuuo und Mudge¹ stehen sollen. Dabei behält die südafrikanische Regierung die Kontrolle über den politischen Apparat und beläßt ihre Besatzungstruppen an Ort und Stelle. Die Wirtschaft bleibt weiterhin in den Händen der Weißen. Durch ihr Veto gegen ein Eingreifen der UNO haben die Westmächte Südafrika zu einer Atempause verholten, während der die notwendigen Vorbereitungen getroffen werden können. So ist es zumindest geplant.

5. Die westlichen Großmächte sind nun dabei, Unterstützung für die Politik Südafrikas zu mobilisieren. Vorbereitet werden u. a. eine gewaltige Ausweitung privater Investitionen, öffentliche Unterstützung für eine künftige „unabhängige“ Regierung Namibias und vieles mehr. Wiederholte Berichte sprechen von Versuchen, beim Aufbau einer schwarzen namibischen Armee zu helfen. Sie werden verfolgt. Das Hauptziel des Westens besteht anscheinend darin, ein von Südafrika abhängiges Regime mit den zum Überleben erforderlichen Mitteln auszustatten und seine Glaubwürdigkeit zu garantieren.

6. Südafrika befindet sich indessen in einer sehr schwierigen Lage. Wie bereits festgestellt wurde, ist bereits ein großer Teil des Nordens von Namibia in den Krieg einbezogen. Die PLAN-Angriffe² häufen sich. Überall findet die SWAPO wachsenden politischen Rückhalt, teilweise als Reaktion auf die Härte und Brutalität der südafrikanischen „Befriedungs“-methoden. Südafrika war vor kurzem gezwungen, weitere Truppen nach Namibia zu entsenden. Zu Ende des Sommers 1976 betrug die Zahl der in Nord- und Zentral-Namibia gebundenen Sicherheitskräfte etwa 46 000 Mann; die Stärke der jetzt zusätzlich bereitgestellten Truppen ist unbekannt. Die südafrikanischen Streitkräfte hatten und haben ihr Rekrutierungspotential bis an die Grenzen ausgeschöpft, und sehen sich jetzt mit einer Ausweitung der Offensive der SWAPO konfrontiert.

7. Angesichts dieser Entwicklung überrascht es nicht, daß die westlichen Großmächte in großem Maßstab auf geheime Operationen zurückgreifen, welche die übliche diplomatische, politische, finanzielle und militärische Unterstützung der südafrikanischen Politik gegenüber Namibia ergänzen. Geheimoperationen wurden bislang anscheinend gestartet:

- gegen die Führung der SWAPO,
- gegen die Unterstützung der SWAPO durch Angola,
- gegen die SWAPO in Sambia,
- gegen den UN-Kommissar für Namibia,
- gegen den Inlandsflügel der SWAPO in Namibia, und
- in Unterstützung einer Übergangsregierung Kapuuo-Mudge.



Soldaten der südafrikanischen Besatzungsarmee in Windhoek

Eindeutig ist der südafrikanische Geheimdienst BOSS an diesen Aktivitäten beteiligt. Manches spricht dafür, daß an einigen auch die CIA beteiligt ist. Dieses Memorandum wird einen Überblick über einige Beweise bezüglich der drei letztgenannten Operationen geben. Natürlich hat keine dieser Operationen ein einziges, eng begrenztes Ziel. Sie sind alle auf Mehrfachwirkung berechnet und stützen sich gegenseitig ab. Alle haben das Ziel, Hindernisse zu beseitigen, die der Durchsetzung der vereinbarten Gesamtstrategie im Wege stehen könnten, die Kontrolle über Namibia zu sichern.

8. Vorarbeiten für die Unterstützung eines von Südafrika abhängigen Regimes und Einrichtung von Anlagen zur Bekämpfung von Aufständen.

Die US-Regierung ist an verschiedenen Studien und Forschungsprojekten beteiligt, die der Erarbeitung von politischen Strategien und Programmen zur Unterstützung Südafrikas in Namibia dienen sollen. Über zwei dieser Projekte, die beide von der „Behörde für internationale Entwicklung“ (Agency for International Development, AID) organisiert werden, sind Einzelheiten bekanntgeworden. Beide Projekte beschäftigen sich mit Problemen des Übergangs zur Mehrheitsherrschaft in Namibia und Zimbabwe. Beide sollen Antworten geben auf ein breites Spektrum von Fragen von Geheimdienstexperten und zugleich Pläne für eine private Finanzierung, öffentliche Hilfe und andere Formen der Unterstützung für eine Übergangsregierung in Namibia vorbereiten helfen.

A) Die AID-Auftragsstudie des „Afrikanisch-Amerikanischen Wissenschaftsrats“ (African-American Scholars' Council): Hierbei handelt es sich um eine mit 350 000 US-Dollar dotierte Forschungsarbeit über Probleme des Übergangs zur

Mehrheitsherrschaft in Namibia und Zimbabwe. Mit der Durchführung wurde der „Afrikanisch-Amerikanische Wissenschaftsrat“ in Washington beauftragt, eine wissenschaftliche Einrichtung, die eine Expertengruppe mit der Bearbeitung der von AID formulierten Problemstellungen betraut hat, da die US-Regierung über zu wenig Afrika-Spezialisten mit einschlägigen Kenntnissen verfügt. Die Leitung des Projekts liegt in den Händen von Dr. Sam Adams jr., der vorher für das AID-Programm für die Sahel-Zone³ verantwortlich und in dieser Eigenschaft erheblicher Kritik ausgesetzt war. Zu dem Team gehören auch einige jüngere Berater mit Erfahrungen im Regierungsgeschäft – jedoch nur wenige mit Afrika-Kenntnissen – oder im akademischen Leben. Außer Adams sind alle leitenden Mitarbeiter der Expertengruppe prominente konservative Angehörige des weißen akademischen Establishments. „Untersuchungsleiter“ ist beispielsweise Robert Rotberg vom Massachusetts Institute of Technology, ein Politikwissenschaftler, dem man Verbindungen zur CIA nachsagt. Rotberg, der kürzlich von einer Rundreise durch Afrika zurückgekehrt ist, wurde erst vor einiger Zeit von der Universität von Sambia die Genehmigung zu einer Untersuchung über die Befreiungsbewegungen des südlichen Afrika verweigert. Die Ablehnung wurde damit begründet, daß Rotbergs Arbeit dazu benutzt werden könnte, dem Befreiungskampf im südlichen Afrika zu schaden⁴. Eliot Berg, ein konservativer Wirtschaftswissenschaftler der Universität von Michigan, ist für den Teil des Berichts verantwortlich, der sich mit Wirtschaftsfragen befaßt. Stuart North von der Universität Houston soll die Ausarbeitung eines Berichts leiten, der sich mit der Arbeitskräftesituation in Namibia und Zimbabwe beschäftigt.

In der Begründung des Forschungsprojekts heißt es, es solle eine allgemeine Einschätzung der gegenwärtigen Lage⁵ in Namibia unter politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten gegeben werden, wobei der Schwerpunkt auf den „Problemen“ in der Zeit des Übergangs zur Mehrheitsherrschaft liegen soll. Freilich geht es dabei nicht um eine rein akademische Untersuchung, sondern es sollen Schlüsse gezogen werden, auf deren Grundlage die US-Regierung handeln kann. Das Ziel des Auftraggebers, der Afrika-Abteilung der AID, besteht darin, die in der Zeit des Übergangs zur Mehrheitsherrschaft auftretenden Probleme herauszuarbeiten sowie „Vorschläge für geeignete programmatische und politische Reaktionen zu unterbreiten“.

Der „Untersuchungsleiter“, der für die politischen Fragen zuständig ist, soll einer Reihe von Fragen nachgehen, die für die Feststellung von Bedeutung sind, wie leicht oder wie schwer sich eine bestimmte Politik durchsetzen läßt. Zu seinem Auftrag gehört es beispielsweise, „die Haltungen von Regierungen und Führungen der Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika“ gegenüber Problemen beim Übergang zur Mehrheitsherrschaft sowie „ihre Offenheit für und ihre Haltung gegenüber der Politik und den Programmen der USA im Zusammenhang mit dem Übergang“ einzuschätzen. Er soll „das Interesse, das andere Nationen daran haben könnten, den Übergang zur Mehrheitsherrschaft zu erleichtern“ und „jede damit im Zusammenhang mögliche Rolle der USA“ einschätzen. Außerdem soll er im einzelnen untersuchen, auf welche Faktoren sich die USA bei der Durchführung „ihrer Politik gegenüber Zimbabwe und Namibia stützen können“. AID beauftragte ihn herauszufinden, „inwieweit politische, soziale, universitäre und gemeinnützige Einrichtungen, Stiftungen, Körperschaften und sonstige Institutionen der USA oder Gruppen in den USA bereit sind, die **Programme und Politik der US-Regierung** in der Frage des Übergangs zur Mehrheitsherrschaft in Zimbabwe und Namibia zu **unterstützen oder daran mitzuwirken**“.

Es sieht also so aus, als seien zumindest die Forschungsleiter in groben Zügen darüber unterrichtet, worin die Politik der USA besteht. Denn der Auftrag an sie lautet, die Reaktionen

anderer auf hypothetische politische Schritte zu erforschen. Trotz dieser auffallenden Eigentümlichkeit haben einige der an dem Projekt beteiligten Berater bis heute von Dr. Adams keine klare Antwort auf die Frage nach dem **Zweck** des Projekts erhalten. Sie fragten: „**Wozu** dient das alles?“, erhielten jedoch keine Antwort. Der Umfang, die Personen der Beteiligten und die Widersprüchlichkeiten des Projekts lassen vermuten, daß der „Afrikanisch-Amerikanische Wissenschaftsrat“ im wesentlichen dazu benutzt wird, Geheimdienst-Arbeit zu leisten. Die Begründung des Projekts liest sich ganz ähnlich wie viele Vorschläge der AID, die in anderen Ländern zur „Counterinsurgency“⁶ in Angriff genommen wurden. Und vieles spricht dafür, daß die Ergebnisse des „Wissenschaftsrats“ zur Ausarbeitung von Plänen für die Installation einer „gemäßigten“ Regierung in Namibia benutzt werden sollen.

B) Der AID-Regionalentwicklungsplan für das südliche Afrika. AID verfolgt noch ein weiteres, weit wichtigeres Projekt. Es handelt sich um eine Regionalentwicklungs-Planungsstudie für das gesamte südliche Afrika. Zwanzig ausgebildete Spezialisten widmen diesem Projekt ihre gesamte Arbeitszeit. Fünf von ihnen sind Experten für Wirtschaftsplanung, zehn Spezialisten für einzelne Länder, verfügen aber allem Anschein nach über wenig konkrete Erfahrung, und fünf sind auf Teilgebiete wie Transportwesen oder Landwirtschaft spezialisiert. Der gesamte Mitarbeiterstab muß ziemlich umfangreich sein. Nach Schätzungen werden etwa eine Million Dollar für dieses Projekt aufgewandt, das von AID bei Checchi & Co., einem großen Wirtschaftsberatungsunternehmen in Washington in Auftrag gegeben wurde, das seit den frühen 60er Jahren in erheblichem Umfang in Südvietnam tätig gewesen ist. Der genaue Status dieses Projekts ist unklar. Angeblich soll die „Expertengruppe“ von Checchi & Co. „zusammengestellt“ worden sein, aber praktisch wird das Projekt ständig von höheren AID-Mitarbeitern geleitet. Die Gesamtleitung liegt in den Händen von Owen Cylike, dem stellvertretenden Direktor des AID-Büros für Zentral- und Westafrika. Die ständige Anleitung erfolgt durch Terry Lambacher, einen Wirtschaftsanalytiker und leitenden AID-Mitarbeiter.

AID versucht anscheinend, eine Reihe aufeinander abgestimmter Pläne für ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum in einzelnen Ländern des südlichen Afrika auszuarbeiten. Für 8 oder 10 Länder sind jeweils Einzeluntersuchungen vorgesehen, die durch die Parameter der Beziehungen des Landes zu seinen Nachbarländern eingegrenzt sind. Wahrscheinlich soll auch ein allgemeiner „Regionalplan“ ausgearbeitet werden. Die Grundannahme, die allen diesen Plänen zugrundeliegt, ist indessen die, daß das Wirtschaftswachstum der einzelnen Länder **auf der Grundlage der heute bestehenden Spezialisierung** beschleunigt werden soll. Im Fall Namibias heißt das, daß nach dem Plan die Ausbeutung der Bodenschätze rasch gesteigert werden soll, anstatt die Landwirtschaft auszuweiten und zu modernisieren. Nach allem, was bekannt geworden ist, ist eine Art von Wirtschaftswachstum vorgesehen, nach der

- die Einkommensverteilung weitgehend unverändert bleiben,
- die Struktur der Produktion unverändert bleiben,
- das Eindringen ausländischen Kapitals sich auf das äußerste verstärken,
- die gegenwärtige Spezialisierung der Wirtschaft vertieft, und
- die wirtschaftliche Abhängigkeit Namibias von Südafrika verstärkt werden wird.

Der Plan für Namibia wird also Kräfte in Bewegung setzen, die direkt und indirekt dazu beitragen werden, Südafrikas Kontrolle über das Territorium Namibias zu verstärken. Auf das gesamte südliche Afrika bezogen ist anzunehmen, daß



Clemens Kapuuo, Marionette Washingtons und Pretorias

diese Art der Beschleunigung des Wirtschaftswachstums dazu führen wird, die wirtschaftliche Macht Südafrikas gegenüber den ärmeren Randstaaten zu stärken. Diese offenkundige Auswirkung muß einem Wirtschaftswissenschaftler oder Verwaltungsfachmann klar sein. Es drängt sich daher die Vermutung auf, daß genau dieses Ergebnis auch beabsichtigt ist.

Gegenwärtig wird bei der AID beschleunigt ein grob skizzierter Plan fertiggestellt, der wie es heißt zu Anfang 1977 dem Kongreß zugeleitet werden soll, damit Entscheidungen über eine Reihe von Hilfsprogrammen für das südliche Afrika getroffen werden können. Wie zu erfahren war, wird auch ein Hilfsprogramm für Namibia entworfen, obwohl zum jetzigen Zeitpunkt keine legitimierte unabhängige Regierung Namibias existiert. Dies zwingt zu dem Schluß, daß die Funktion der projektierten Pläne darin besteht, die Unterstützung der USA für eine Übergangsregierung Kapuuo-Mudge in Namibia in die richtigen Bahnen zu lenken und optimal einzusetzen.

Das gesamte Projekt hat auch einen deutlichen Anklang an „Counterinsurgency“-Kriegsführung. Die Verantwortlichen des Projekts, Cylke und Lambacher, haben eine Vorgeschichte aufzuweisen, die zeigt, daß es sich bei ihnen um viel mehr als Wirtschaftsplaner oder -Manager handelt. Cylke hat seinen ersten akademischen Grad an der Yale-Universität erworben und war danach im internationalen Bankgeschäft tätig. Anfang oder Mitte der 60er Jahre meldete er sich jedoch freiwillig zum „Friedenskorps“ in Äthiopien. Nach seiner Rückkehr war er regulär für die US-Regierung bei der AID tätig. Nach den vorliegenden Quellen ist anzunehmen, daß er gegen Ende der 60er Jahre in CIA-Dienste trat, obwohl er weiterhin für die AID arbeitete. Er war Berater der Afrikanischen Entwicklungsbank in Abidjan, beim AID-Finanzplanungsbüro in Nairobi, und kehrte dann zur AID-Zentrale in Washington zurück. 1972 erhielt er eine Auszeichnung für besondere Verdienste. Lambacher war 1963–66 bei den US-Übersee-Streitkräften tätig. 1967 wurde er bei der Saigoner AID-Dienststelle als Mitarbeiter für Entwicklungs-

fragen eingestellt. Nach den vorliegenden Quellen soll er ungefähr zu diesem Zeitpunkt zur CIA gekommen sein, wobei er von einem AID-Büro aus arbeitete. Er war Mitarbeiter, später Programmleiter bei der AID in Vietnam. 1970 erhielt er eine Auszeichnung für heldenhaftes Verhalten. Bis Ende 1970 war er als leitender US-Zivilbeamter in der Provinz Han Nghia, westlich von Saigon, tätig. Danach wurde er AID-Berater und Verbindungsoffizier zum Innenminister der südvietnamesischen Regierung.

Aufgrund dieser Vorgeschichte und Verbindungen kann man davon ausgehen, daß es bei der AID-Regionalentwicklungs-Studie um wesentlich mehr geht, als auf den ersten Blick erkennbar ist. Nach den vorliegenden Quellen muß man als sehr wahrscheinlich ansehen, daß es sich dabei teilweise um eine Tarnung für die Entwicklung von Vorbereitungen für „Counterinsurgency“-Maßnahmen handelt, auf die die USA in Namibia im „Bedarfsfall“ zurückgreifen können. Es ist offensichtlich, daß die Lage in Namibia derzeit sehr instabil ist. Und es sprechen Anzeichen dafür, daß sich die USA möglicherweise darauf vorbereiten, Südafrika durch Geheimaktionen gegen den Inlandsflügel der SWAPO in Namibia zu unterstützen, die politische Organisation, die logischerweise als „Ziel“ in Frage kommt.

9. Getarnte Operationen mit dem Ziel, eine glaubwürdige politische Alternative zur SWAPO aufzubauen.

Es gibt einige Anzeichen dafür, daß der südafrikanische Geheimdienst BOSS, und möglicherweise auch die CIA, hinter der Kampagne stehen, den Häuptling Kapuuo in den Augen der internationalen Öffentlichkeit zu einem glaubwürdigen politischen Führer des namibischen Volkes aufzubauen. An dieser Kampagne sind zwei US-Firmen beteiligt: eine New Yorker Anwaltsfirma und ein New Yorker Werbeberatungsunternehmen. Die erstgenannte Firma – Schwartz, Burns, Lesser & Jacoby – berät Kapuuo schon seit über einem Jahr. Einer ihrer Partner, S. Schwartz, begleitete Häuptling Kapuuo nach Windhoek und gilt auch als Verfasser des „Verfassungsentwurfs“, den Kapuuo am 9. März 1976 der Konferenz präsentierte. Das Geheimnisvolle an dieser Rechtsberatungsfirma besteht darin, daß sie jegliche Angaben darüber verweigert, von wem sie bezahlt wird. Schwartz und Burns kosten Kapuuo vermutlich 1000 US-Dollar pro Tag. Offenkundig bezahlt er sie nicht selbst; er verfügt nicht über die notwendigen Mittel. Die juristischen Berater aller übrigen Teilnehmer der Turnhalle-Konferenz werden, wie zu erfahren war, von der südafrikanischen Regierung bezahlt. Schwartz und Burns haben dies jedoch für sich dementiert.

Schwartz und Burns scheinen in enger Beziehung zu Jack Summers von der Firma „Psychographic Communication“ (PsyComm) zu stehen, einem Werbeberatungsunternehmen mit einem vornehmen Büro im Delmonico. Summers betreibt die Öffentlichkeitsarbeit für Kapuuo in den Vereinigten Staaten und hat im Lauf des vergangenen Jahres schon einige Arbeit geleistet. Kapuuo soll in den letzten 12–15 Monaten drei- oder viermal in den USA gewesen sein. „Psychographic Communications“ hat eine sehr gekonnte Presseaktion für Kapuuo in Szene gesetzt; die den Häuptling als Führer des modernen Namibia zeigt. Im September gab Summers im Delmonico einen Empfang für den Häuptling, zu dem ausgewählte Pressevertreter eingeladen wurden. Für die strengen Sicherheitskontrollen sorgte Personal aus der südafrikanischen Botschaft. Der Häuptling wurde verschiedenen bekannten Persönlichkeiten vorgestellt, ließ sich mit Muhammad Ali und Elizabeth Taylor photographieren, und wurde überhaupt sehr „sichtbar“ gemacht. Diese Art von Publicity für ihn wird nun schon einige Zeit betrieben. Auf einer seiner letzten Reisen hatte Kapuuo Begegnungen und Gespräche mit Cyrus Vance⁶, Henry Ford, den Redaktionen der Zeit-

schriften Newsweek, Time und New York Times und dem Verleger der New York Post. Kapuuo wurde, wie man sieht, bestens aufgenommen, und konnte gleichzeitig höchst wichtige Kontakte herstellen. Bei mehreren Gelegenheiten soll er auch mit Beamten des Außenministeriums Gespräche geführt haben.

Das Geheimnisvolle daran ist wiederum die Frage der Finanzierung; außerdem treffen mehrere höchst eigenartige Umstände zusammen. Summers ist nicht bereit, Angaben darüber zu machen, wer ihn bezahlt. Er erklärt sogar, er mache alles, weil er an Kapuuo glaube. Die Kampagne für Kapuuos Publicity hat indessen in den letzten zwei Jahren schätzungsweise mehr als eine halbe Million Dollar gekostet. Hinter Kapuuo steht ganz offensichtlich eine vermögende Einzelperson oder eine Organisation. Summers erklärt, er habe eine Stiftung, die Kudu-Stiftung, geschaffen, die „nach der Unabhängigkeit Schulen in Namibia bauen“ soll. Demgegenüber hat Häuptling Kapuuo öffentlich erklärt, der Zweck der Stiftung sei, seine Auslagen zu bezahlen. Über diese Kudu-Stiftung konnte nichts in Erfahrung gebracht werden. Sie sollte eigentlich als gemeinnützige Stiftung registriert sein; das ist aber nicht der Fall. Im Augenblick läßt sich nicht klären, ob das Geld, das Summers zur Verfügung steht, über die Kudu-Stiftung läuft. Es kommt jedoch Geld von irgendwoher, und zwar in großen Mengen.

Es gibt einige Hinweise. Häuptling Kapuuos Repräsentant in London war für einige Zeit James Endicott. Er soll in Ungarn geboren sein, besitzt aber jetzt einen australischen Paß. Er kam etwa 1970 nach Namibia und arbeitete dort als Architekt. Er wurde für die Firma Gemstone Miners (Pty.) Ltd. tätig, eine amerikanische Gesellschaft mit Stammsitz in Hempstead, Long Island, die in Namibia Schürfrechte besitzt. Endicott soll für den Sender „Radio Free Europe“⁷ gearbeitet haben, weshalb man vermutet, daß er über Verbindungen zu Geheimdiensten verfügt. Um die Person Endicotts und die Firma Gemstone Mining ranken sich einige seltsame Dinge. Endicott verließ Namibia, ging nach London, und ließ einen Berg von Schulden zurück. In London begann er mit der Herausgabe eines „Namibia-Bulletins“. Nach Angaben der US-Small Business Administration (SBA) übernahm diese unerklärlicherweise die Garantie für ein Darlehen über 350 000 US-Dollar an die Firma Gemstone. Das Darlehen ist jetzt überfällig, und die Geschäfte der Firma Gemstone in Namibia befinden sich in Konkurs. Möglicherweise sind die Beträge, die Endicott erhalten hat – zeitweise sollen es über 1000 Dollar am Tag gewesen sein – über Gemstone gelaufen. In den letzten Tagen sind Berichte aufgetaucht, wonach Endicott in London an einem Herzanfall gestorben sein soll. Nach anderen Berichten starb er in Namibia. Den Quellen in London waren diese Berichte am Wochenende nicht bekannt, obwohl sie in New York im Umlauf waren.

Es ist eindeutig, daß irgendjemand die Bemühungen, Kapuuo Publizität zu verschaffen, abstimmt. Und es ist klar, daß dieser Jemand über sehr viel Geld und erstklassige Verbindungen verfügt. Die Kampagne für Kapuuo hat auch gewisse Erfolge gezeitigt. Kapuuo ist jetzt bekannt, obwohl er in den Augen vieler, die mit ihm zusammentreffen, noch lange nicht glaubwürdig ist. Alles spricht jedoch dafür, daß irgendeine Kampagne dieser Art weiterlaufen wird. Summers redet seit neuestem davon, die Turnhalle-Konferenz sei „radikalisiert“ worden. Er scheint an Kapuuo nicht mehr so sehr interessiert zu sein. Seine Linie richtet sich sehr betont gegen Südafrika, gegen den Imperialismus und gegen die SWAPO. Er hat sogar die Behauptung aufgestellt, die SWAPO arbeite für Südafrika, weil sie durch den Krieg „Südafrika zwingt, seine Truppen in Namibia zu lassen“.

Es scheint sich hier um eine Operation des südafrikanischen Geheimdienstes BOSS zu handeln. Allerdings, um auf dem

Territorium der USA in diesem Umfang tätig werden zu können, muß er allermindestens das Einverständnis der CIA geholt haben (...)

(Quelle: CounterSpy, Washington, Dezember 1976; in: Facts & Reports, Amsterdam, Nr. 25/15. 12. 1976)

Anmerkungen:

- 1) Leiter der Delegation des Herero-Stammes bzw. der (weißen) Nationalisten-Partei in der Konferenz.
- 2) PLAN: People's Liberation Army of Namibia (Volksbefreiungsarmee, bewaffneter Arm der SWAPO).
- 3) Gemeint ist die z. T. fragwürdige US-Hilfe für die 1973/74 von einer Dürrekatastrophe betroffenen Nationen am Sahara-Südrand (Senegal, Mauretanien, Mali, Niger, Obervolta, Tschad).
- 4) Vgl. hierzu die Artikelfolge des sambischen Wissenschaftlers Roberto Molteno über die „wissenschaftliche“ Arbeit von US-Forschern und -Institutionen gegen den Freiheitskampf im südlichen Afrika, darunter das Wirken Rotbergs; in: Berliner Extra Dienst, EXTRA Nr. 4, „200 Jahre USA – 200 Jahre US-Imperialismus“, Westberlin 1976, S. 26–37.
- 5) Counterinsurgency: Militärischer Fachausdruck für die Bekämpfung von Freiheitsbewegungen, deren Methoden vor allem die USA in Vietnam entwickelten.
- 6) Derzeit Außenminister der neuen US-Regierung Carter.
- 7) Neben „Radio Liberty“ auch von München aus arbeitender Propagandasender der USA gegen die sozialistischen Länder, in dessen Verwaltungsrat CIA-Beamte, Regierungsvertreter, Militärs und Konzernchefs sitzen.



AIB

Antimperialistisches Informationsbulletin

SONDER-
DRUCK
Nr. 1/1977
1,50 DM



Befreiung im Süden Afrikas

Der AIB-Sonderdruck 1/1977

- stellt in Grundsatzdokumenten, Interviews und geschichtlichen Abrissen die **Befreiungsbewegungen des südlichen Afrika** vor;
- bringt grundlegende Dokumente der **internationalen Bewegung gegen Apartheid** und für die Solidarität mit den Völkern Südafrikas, Namibias und Zimbabwes.

Umfang: 32 Seiten; Preis: 1,50 DM zuzüglich Porto.
Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren
33% Ermäßigung.

Bestellungen an:
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1

Jacques Rogez Die neokoloniale Krise

1973 war man in Kenia optimistisch. Seit der zehn Jahre zuvor erlangten Unabhängigkeit hatte die jährliche Wachstumsrate im Schnitt 6,8 % erreicht, 1972 gar 8,4 %. Der Plan für 1974-1978 sah eine Rate von 7,4 % vor.

In Nairobi war gerade das Internationale Konferenzzentrum Jomo Kenyatta fertiggestellt worden, wo im Oktober 1973 die Konferenz des Internationalen Währungsfonds (IWF) stattfand. Es hatte vier Millionen Pfund¹ gekostet, d. h. ein Zehntel des Sachbudgets des Landes; doch was bedeutet das schon! Seine 32 Stockwerke krönen die Straßenflucht der Gebäude aus Glas und Stahl, die entlang der Regierungsstraße die afrikanischen Niederlassungen der größten multinationalen Gesellschaften beherbergen. Doch dies sollte nicht von Dauer sein, die Krise zeichnete sich bereits ab.

Faktoren des wirtschaftlichen Tiefs

1976 ist bereits das dritte Jahr einer tiefen Krise. Die Rezession in den westlichen Ländern und ihre Inflation haben Kenia mit voller Wucht getroffen. Seine Wirtschaft ist in hohem Maße empfindlich. Im übrigen konnte der aufmerksame Beobachter die Anzeichen der Krise schon 1972 deutlich ausmachen: In jenem Jahr waren die Importe um 39 % gewachsen, das Handelsbilanzdefizit nahm ein beunruhigendes Ausmaß an und die Geldreserven sanken um 25 %. Dies ist auch nicht verwunderlich. Die Landwirtschaft ist auf Exportprodukte spezialisiert (Kaffee, Tee, Sisal, Pyrethrum² . . .), deren Preise stagnieren; die Industrie ist eine Leichtindustrie und weiterverarbeitet Erzeugnisse, die im Westen schon weitgehend vorgefertigt worden sind. Die Entwicklung der Terms

of Trade (Verhältnis von Industriegüter- und Rohstoffpreisen, d. Red.) im internationalen Maßstab ist für das Land fatal.

1974 und 1975 aber hat man alle Konsequenzen der seit der Unabhängigkeit verfolgten Politik, die das Land dem Imperialismus öffnete, ermessen können.

Der Wert der landwirtschaftlichen Exporte ist angesichts der mit der Dürre zusammentreffenden Abwärtsbewegung der Weltmarktpreise zusammengebrochen (1975 wurde ein Rückgang um 56 % der Sisal-Ausfuhren registriert, einer



Kultur die von der Trockenheit kaum betroffen war). Die anderen Einnahmequellen des Landes wurden ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen. Der Tourismus großen Stils, auf den die kenianische Regierung zum Ausgleich ihrer Zahlungsbilanz hofft, stagniert.

Was die industrielle Aktivität angeht, die lediglich 13 % der nationalen Produktion erbringt, so verdeutlichen zwei Zahlen das Ausmaß der Rezession: Die Importe von Eisen- und Stahlerzeugnissen fielen 1975 um 46,2 %, und die Einfuhren von Erdölprodukten sanken von 1,8 auf 1,6 Mrd Shilling¹ trotz Erhöhung des Rohölpreises. Die Tatsache, daß die Raffinerie von Mombasa ihre Wiederausfuhren an Raffinerieprodukten um 40 % gesteigert hat, ist Ausdruck eines tatsächlichen Zusammenbruchs der Inlandsnachfrage nach Industriegütern.

Diese Empfindlichkeit der industriellen Aktivitäten gegenüber der internationalen Konjunktur ist auf zweifache Weise zu erklären.

Einerseits haben einige ausländische Unternehmen, die in den Exportzweigen arbeiteten, in denen verminderte Investitionen eingesetzt und in breitem Umfang örtliche Arbeitskräfte verwendet wurden, ihre Tätigkeit in Kenia schlicht und einfach beendet. Ein Beispiel: Im April 1976 hat die in Kianjokoma ansässige Fabrik zur Verarbeitung von grünem Tee, die für den japanischen Markt arbeitete, ihre Tore geschlossen. Sie war vor kaum drei Jahren als Joint-Venture-Unternehmen (Kapitalbeteiligung 50 zu 50) gegründet worden von der Kenya Tea Development Authority als Vertre-



terin der kenianischen Regierung und der japanischen Firma Maruzen, die die Betriebsleitung gewährleistete. Die geringe Anfangsinvestition (5 Mio Shilling) rechtfertigte nicht – wie uns versichert wurde – ein Unternehmen weiterzuführen, das die Erhöhung der Frachtsätze auf den asiatischen Märkten unrentabel machte. In Kenia herrschen die „Erfordernisse“ des Profits.

Andererseits widerspiegelt dieser Rückgang der industriellen Aktivitäten den Zusammenbruch der Inlandsnachfrage nach Konsumgütern in den Jahren 1974/75. Dieser Industrietyp hält einer jährlichen Senkung des durchschnittlichen realen Jahreseinkommens der Bevölkerung um 5,4 % schlecht stand! Angesichts der Entwicklung der Krise hat die kenianische Regierung in der Tat eine orthodoxe Finanzpolitik betrieben, die ihr von Experten der westlichen Entwicklungshilfeabteilungen nahegelegt wurde, vor allem von der britischen Seite, deren Darlehen – wie wir sehen werden – für das Land eine lebenswichtige Bedeutung haben. So wurde im November 1975 eine Abwertung des kenianischen Pfundes um 14 % beschlossen. So wie sie den ausländischen Investoren interessante Perspektiven eröffnet, verteuert eine solche Maßnahme die Importe des Landes um denselben Prozentsatz und belebt daher die landwirtschaftlichen Exporte nicht, deren Volumen mehr von klimatischen Faktoren als von der internationalen Nachfrage abhängt.

Es ist somit nicht erstaunlich, daß die auf solche Art im Inland geförderte Inflation, die ursprünglich importiert war, in drei Jahren 60 % beträgt. Die von der Landwirtschaft lebenden zwei Drittel der Bevölkerung (ihr Einkommen hängt von dem Ankaufspreis ab, den die Regierungsstellen für ihre Produktion zahlen, der erst mit Verzögerung – im Januar 1975 – und in einem geringeren Verhältnis erhöht worden ist) sind somit doppelt bestraft. Die amtlichen Statistiken geben zu, daß, wenn in der unteren Einkommensgruppe die Preiserhöhung nacheinander 15 % im Jahr 1973, 16,1 % im Jahr 1974 und 20,3 % im Jahr 1975 betrug, sie sich bei den höheren Einkommen nur auf 12 %, 13,8 % und 18,5 % belief. Somit sind es die niedrigen Einkommen, die eine Politik ausbaden müssen, die auf eine Stärkung der ausländischen Investoren bedacht ist. Es ist jetzt bewiesen, daß letztere den Rückzug vorziehen, wenn es darum geht, den Interessen des Landes den Vorrang zu geben. Es geht um eine politische Entscheidung.

Soziale und rassenbezogene Ungleichheiten

Falls noch Zweifel daran bestünden, so würde uns die Einkommensstruktur in Kenia endgültig davon überzeugen. Wir begnügen uns damit, den Bericht zu zitieren, den die Weltbank, die noch nie mit ihrer Unterstützung für das Regime J. Kenyattas gespart hat, Ende 1975 vorlegte:

„In Nairobi betrug 1970 das mittlere Jahreseinkommen pro Familienhaushalt 1 035 Pfund; das sind ungefähr 200 Pfund pro Kopf. Diese Ziffer ist nahezu viermal höher als das Pro-Kopf-Einkommen auf dem Land. Andererseits hat die Mehrzahl der ländlichen Haushalte ein Einkommen von weniger als 60 Pfund pro Jahr; zahlreich sind auch diejenigen, die über weniger als 20 Pfund verfügen.

Aber die Vergleiche der Durchschnittswerte täuschen. Es ist wohl bekannt, daß die Einkommensspanne sowohl in der Stadt als auch auf dem Land sehr breit ist. So schätzt man, daß in Nairobi die reichsten 20 % der Bevölkerung 59 % des Gesamteinkommens erhalten, während die 20 % der Ärmsten nur 3 % bekommen. Die 40 % der Bevölkerung, die am ärmsten sind, beziehen 10 % des Gesamteinkommens.

Im Falle Kenias muß auch das Problem der rassenbezogenen Ungleichheiten berücksichtigt werden. 1971 verdienten 63 % der Europäer und 27 % der Inder mehr als 1 200 Pfund im Jahr; weniger als 1 % der Afrikaner erzielte ein solches Ein-



Bäuerin auf dem Weg zum Markt

kommen. Das mittlere Jahreseinkommen eines Europäers beträgt 2 500 Pfund, das eines Inders 370 Pfund, das eines Afrikaners 190 Pfund; es ist also 13mal niedriger als das eines Europäers.“

Diese geographischen oder rassenbezogenen Ungleichheiten sind in Wirklichkeit die Klassenungleichheiten einer neokolonialen Gesellschaft, in der die Privilegien der europäischen Siedler kaum angetastet wurden. Weniger als 300 von ihnen kontrollieren noch 400 000 ha Land! Großbritannien hat Kenia Kredite in Höhe von 9,5 Mio Pfund Sterling zugesagt, um ihm die Finanzierung des Rückkaufs der Ländereien dieser Siedler zu ermöglichen. Die kenianische Regierung hat ihrerseits die Transaktionen der „vormals in ihrem Besitz befindlichen“ Ländereien von der Anwendung des kürzlich erlassenen Gesetzes über die Wertzuwachsbesteuerung ausgeschlossen. Das System ist in idealer Weise dafür geeignet, den Grundbesitz an die neuen reichen Schichten, die mit der Staatsmacht verbundenen Kenianer, zu übertragen.

Länderübersicht Kenia

Territorium: 582 645 qkm (mehr als die zweifache Größe der Bundesrepublik). Kenia wird vom Ostafrikanischen Graben durchzogen. Der Buschzone und dem Bergland im Nordwesten schließt sich im Südwesten das fruchtbare Hochplateau an, wo sich das landwirtschaftliche Zentrum befindet. Mit dem 300 km breiten Küstenstreifen verfügt Kenia über einen direkten Zugang zum Indischen Ozean.

Bevölkerung: 12,9 Mio (1974); davon sind 139 000 Inder und Pakistani, 40 600 Europäer und 27 900 Araber. Bevölkerungsdichte: 22,1 pro qkm; 10 % leben in Städten.

Hauptstadt ist Nairobi mit 509 286 Einwohnern (1974); weitere wichtige Städte sind Mombasa, Nakuru und Kisumu.

Sprache: Seit 1974 ist Suahili Amtssprache, konnte sich bisher jedoch gegenüber Englisch nicht durchsetzen. Darüber hinaus gibt es 42 lokale Sprachgruppen.

Religion: Die große Mehrheit der Bevölkerung ist Anhänger von Stammesreligionen oder bekennt sich zum Christentum.

Geschichte: Kenia ist nach urgeschichtlichen Funden eines der ersten von Menschen besiedelten Gebiete.

Um 700 unserer Zeitrechnung begannen arabische Händler Handelszentren an der Küste zu errichten.

1498 landet Vasco da Gama in Malindi.

1884/5 auf der Berliner Konferenz wird Ostafrika (Kenia und Uganda) zur britischen Einflusssphäre erklärt; Beginn der Kolonisierung durch die British East African Company (Britische Ostafrika Gesellschaft).

1895 wird Kenia britisches Protektorat.

1904 findet die Trennung Kenias von Uganda statt.

1963 erlangt Kenia die Unabhängigkeit und erhält den Status eines Dominions.

1964 wird Kenia zur unabhängigen Republik erklärt.

Der nationale Befreiungskampf:

Nach dem 1. Weltkrieg formierten sich afrikanische Organisationen (wie die Young Kikuyu Association, Kikuyu Central Asso-

ciation) zum Protest gegen Hüttensteuer, Kopfsteuer und Landraub, die die Afrikaner zur Lohnarbeit auf den europäischen Farmen zwangen.

Im Ergebnis des 2. Weltkrieges verstärkte sich auch in Kenia der nationale Befreiungskampf. Er stand zunächst unter der Führung der Kenya African Union (Afrikanische Union Kenias – KAU), die seit 1947 von Mzee Jomo Kenyatta geleitet wurde. Ein bedeutender Höhepunkt war der von den Briten als Mau-Mau-Aufstand (1952–1956) verunglimpft Partisanenkampf der in Reservationen vertriebenen afrikanischen Bauern.

Erst 1960 wurde der Ausnahmezustand aufgehoben und in der Folgezeit bildete sich die Kenya African National Union (Afrikanische Nationalunion Kenias – KANU), die die Unabhängigkeit Kenias sowie die Freilassung Kenyattas verlangte. Ein Generalstreik im Jahre 1961 erzwang die Freilassung des seit 1952 inhaftierten Kenyatta. Nach eindeutigen Wahlerfolgen (1961 und 1963) konnte die nationale Unabhängigkeit errungen werden.

Politisches System:

Laut Verfassung ist Kenia eine Republik mit Präsidialgewalt, die dem Staatspräsidenten und Premierminister Mzee Jomo Kenyatta weitgehende Vollmachten gewährt. Das im Dezember 1966 geschaffene Parlament (Unterhaus) wird von der Staatspartei KANU dominiert, die ihr Herrschaftsmonopol in den Wahlen 1969 und 1974 bestätigen ließ.

Mit der Kenya African National Union (KANU) kam eine Partei zur Macht, die eine Koalition des kleinbürgerlichen Nationalismus – der radikalen Bauernbewegung, der städtischen Arbeiterbewegung und der Intellektuellen – darstellte. Im 1965 formulierten Parteidokument „African Socialism and its Application to Planning in Kenya“ (Afrikanischer Sozialismus und seine Anwendung auf die Planung in Kenia) wurden zwar verbale Zugeständnisse an den linken Parteiflügel gemacht, die kapitalistisch ausgerichtete Politik aber unvermindert fortgesetzt.

Die beiden gewerkschaftlichen Organisationen, die Kenya Federation of Labour (Verband der Arbeiter Kenias – KFL) und der Kenya African Workers Congress (Afrikanischer Arbeiter Kongreß Kenias – KAWC) wurden 1965 aufgelöst und von der Regierung durch die Central Organisation of Trade Unions Kenya

Selten ist der Ausdruck „politische Familie“ so treffend auf eine an der Macht befindliche gesellschaftliche Gruppe angewendet worden. Wie man weiß, hat Präsident Kenyatta die Mitglieder des Kikuyu-Stammes und hiervon die Männer der Kiambu-Sippe, der er entstammt, systematisch begünstigt. Die sechs Männer, die im Kabinett des Präsidenten Einfluß haben, sind alle aus ihr hervorgegangen, und sie stellen das Führungspersonal der paramilitärischen Milizen (General Service Units).

Vetternwirtschaft und Korruption

Der Familie Kenyattas aber sind die wichtigsten Schaltstellen zugefallen, die im System der institutionalisierten Korruption ihnen unermeßliche Vermögen anzuhäufen gestattete.

Seit das Parlament 1971 das Verbot aufgehoben hat, ein öffentliches Amt gleichzeitig mit verantwortlichen Positionen im privaten Sektor bekleiden zu dürfen, überschreitet die Korruption alle Grenzen. So kontrolliert der Schwiegersohn Kenyattas, Udi Gecaga, Präsident der Lonrho-Kenia, zusammen mit dem Sohn Kenyattas, Peter Muigai, die Incheape, die zweitgrößte Handelsgesellschaft Ostafrikas, die vor kurzem von der „Familie“ mit Kapital unbekannter Herkunft aufgekauft worden ist. Kenyattas vierte Frau, Mama Ngina, Bürgermeisterin von Nairobi, ist Präsidentin einer der bedeutendsten Gesellschaften, die sich 1975 im Handel mit Elfenbein kompromittiert hatten. In der Tat hatte im August 1974 der Minister für Fremdenverkehr und Wildschutz beschlossen, durch ein Verbot des gesamten privaten Elfenbeinhan-

dels die durch die Dürre bereits bedrohten Elefanten zu schützen. Infolge dieser Maßnahme wurden mehr als 20 000 Tiere getötet: Die Schmuggler saßen in hohen Stellen!

Kenyatta selbst geht mit schlechtem Beispiel voran. Im Oktober 1975 erfuhr man, daß Kleinbauern aus eigenen Kräften eine Finanzlücke hatten stopfen müssen, die dadurch verursacht wurde, daß Mzee („der Alte“: Spitzname des Präsidenten) sich geweigert hatte, ihrer Genossenschaft eine Schuld von 196 000 Dollar für landwirtschaftliche Geräte, die für seine persönlichen Domänen bestimmt waren, zu bezahlen!

Wird ein derartiger Skandal bekannt, so begnügt sich der Informationsminister mit zynischen Erklärungen wie: „Die ausländischen Journalisten und Entwicklungshilfeorganisationen verlangen von der Dritten Welt ein Niveau politischer und wirtschaftlicher Reife und Integrität, das sie bei sich zu Hause niemals erreicht haben.“

Kenyattas ausländische Stützen

Seit dem Verbot der Volksunion Kenias (KPU) im Jahre 1969 und der Verhaftung ihrer Führer, deren wichtigster, Oginga Odinga, nach seiner Freilassung 1974 der einzigen offiziellen Partei, der Afrikanischen Nationalunion Kenias (KANU), beigetreten ist, ist jede politische Opposition geknebelt. Dennoch weigern sich einige zu schweigen. Josiah M. Kariuki, Repräsentant einer oppositionellen Minderheit innerhalb der KANU, wurde im März 1975 ermordet aufgefunden. Die beiden Abgeordneten, die die aus diesem Anlaß gebildete parlamentarische Untersuchungskommission

(Zentralorganisation der Gewerkschaften Kenias – Cotu-K) ersetzt. Ihr wird jegliche Verbindung zu ausländischen Gewerkschaften untersagt.

Die Gründung der Kenya Peoples Union (Volkunion Kenias – KPU) durch Oginga Odinga 1966 war vorübergehend eine Herausforderung an die herrschende Allianz. Die KPU forderte vor allem eine gerechtere Landverteilung und mehr Unterstützung für die kleinen Geschäftsleute. 1969 wurde sie verboten.

Wirtschaft:

Kenia ist ein Agrarland mit einigen relativ entwickelten Industriezweigen (Schwerindustrie, metallverarbeitende Industrie, Nahrungsmittel- und Textilindustrie, Zementindustrie usw.), die 1970 20 % des Nationaleinkommens erzeugten.

Umfangreiche Bodenschätze sind bekannt. Neben beachtlichen Lagerstätten an Natriumkarbonat, Diatomit, Zyanit, Kalk und Salzen gibt es Kupfer, Silber und Gold, die abgebaut werden.

Die wirtschaftliche Entwicklung erfolgt auf kapitalistischer Grundlage. Die Wirtschaftsstruktur ist in hohem Maße von ausländischen Konzernen abhängig, die im Bergbau, in der verarbeitenden Industrie wie im Banken-, Finanz- und Versicherungswesen über eine absolute Dominanz verfügen. Die ausländischen Investitionen erfolgen vorrangig in den städtischen Zentren Nairobi und Mombasa.

Im Juni 1964 erklärte die Regierung Kenias ihre Bereitschaft, den Schutz ausländischer Kapitalanlagen und Investitionen vor einer Verstaatlichung oder Beschlagnahme zu garantieren. Im Verlauf des Sechsjahresplanes von 1964–1970 wurde eine Anzahl von Projekten des Straßenbaues, der Energieerzeugung, der Verarbeitungsindustrie für landwirtschaftliche Produkte in Angriff genommen.

Kenia schloß sich 1967 mit Uganda und Tansania zur East African Community (Ostafrikanische Gemeinschaft – EAC) zusammen und ist seit 1975 assoziiertes Mitglied der Europäischen Gemeinschaft (EG).

Landwirtschaft: Bestimmender Zweig der Landwirtschaft, die 33,4 % des Bruttoinlandprodukts und 80 % des Exportvolumens erbringt, ist der Großgrundbesitz. Die Plantagenwirtschaften bri-

tischer Gesellschaften verfügen über die besten Böden. Vorherrschend werden Kaffee, Tee und Sisal angebaut. Kenia ist Afrikas größter Teeproduzent (Anteil von ca 36 % des afrikanischen Teeaufkommens). Bedeutende intensive Viehwirtschaft wird in Großbetrieben des Hochlandes betrieben, die ebenso in vor allem britischem Besitz sind.

Dem steht die Masse der afrikanischen Subsistenzbauern und Landarbeiter gegenüber. Die nach 1960 eingeleitete Afrikanisierung der Landwirtschaft und das 1964 verkündete Besiedlungsprogramm konnte die Landarmut nicht beseitigen. Zum Teil wurde das für landarme oder landlose Bauern vorgesehene Land an europäische Gesellschaften verkauft. Nur wenige Afrikaner waren in der Lage, die Finanzmittel für den Kauf von Boden aufzubringen.

Außenhandel:

Die Handelsbilanz ist seit Jahren passiv (1974: Einfuhr 1026, Ausfuhr 603 Mio US-Dollar). Dem Defizit mit den westeuropäischen Ländern als Haupthandelspartnern (42 %) steht ein positiver Handel mit den Mitgliedsländern der Ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC) gegenüber. Die Exportquote blieb seit der Unabhängigkeit praktisch gleich. Kenia erhält aufgrund seiner strategischen Bedeutung relativ hohe Entwicklungshilfe aus den kapitalistischen Ländern, die 1973 immerhin 14 % des Gesamtinvestitionsvolumens ausmachte.

Soziale Lage der Bevölkerung:

1972 gab es über 700 000 Arbeitslose; zudem verfügte die Regierung einen Lohnstopp und ein Streikverbot. 70 % der Bevölkerung sind Analphabeten. Der veränderte Anteil einzelner Wirtschaftsbereiche an den Erwerbstätigen spiegelt einen beachtlichen Proletarisierungsprozeß wider:

Wirtschaftssektor	1964	1973
Landwirtschaft	35,0 %	28,9 %
Verarbeitende Industrie	10,6 %	13,3 %
Handel/Transport/Kommunikation	10,5 %	8,1 %
Dienstleistungen	11,7 %	10,9 %

leiteten, wurden im Oktober 1975 verhaftet, sowie sie die Regierung in die Sache hineinzogen. Im März 1976 war die Reihe an einer jungen Abgeordneten, Cheligit Mutai. Sie wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie die Bauern zur Revolte aufgestachelt habe.

Da ihr der Rückhalt im Volk fehlt, hat es die Staatsmacht verstanden, sichere Stützen im Ausland zu finden. Die Schlüsselposition Kenias zwischen den sozialistischen Ländern Somalia und Tansania, an den Grenzen der schwachen Regimes des Sudan und Ugandas, die relative Nähe zum südlichen Afrika haben die USA im vergangenen Juni (1975, d. Red.) veranlaßt, ihm 75 Mio Dollar Militärhilfe zu gewähren.

Tiefgreifende Veränderungen vonnöten

An wirtschaftlicher Hilfe hat es nie gefehlt. So ist im Entwicklungsbudget der Anteil ausländischer Finanzierungen zwischen 1974/75 und 1975/76 von 30 auf 50 % gestiegen. Die gegenwärtig laufenden, durch öffentliche oder private ausländische Finanzierungen abgesicherten Projekte belaufen sich auf 800 Mio Shilling in der Landwirtschaft und auf 2 900 Mio Shilling in der Industrie. Die von Großbritannien finanzierten Projekte der Nutzung der Wasserkraft des Tana River werden es Kenia erlauben, zur Deckung seines Elektrizitätsbedarfs zu nurnmehr 30 % von Uganda abhängig zu sein. Die Pipeline für den Transport der Raffinerieprodukte von Mombasa nach Nairobi ist teilweise von Japan finanziert worden. 48 Mio Pfund Sterling werden im Zeitraum von 1976 bis 1980 von Großbritannien investiert werden.

Diese ausländischen Beihilfen, die Wiederbelebung des Tourismus, die spekulationsbedingte Verdreifachung des Kaffeepreises, die Verbesserung der Regenwassermengen im Jahr 1975 werden eine Sanierung der Zahlungsbilanz des Landes ermöglichen. Doch Kenia aus der Krise zu bringen, würde tiefgreifende Veränderungen der ökonomischen, sozialen und politischen Strukturen voraussetzen: Agrarreform, Kampf gegen die Korruption, Kampf gegen die multinationalen Gruppen, die in dem Land ihre dritrangigen Aktivitäten unterbringen und nur beschränkte Industrieunternehmungen, die zudem auf das Ausland orientiert sind, bewilligen.

Die an der Macht befindliche Klasse kann ein solches Programm, welches sie der Hauptquellen ihres Reichtums berauben würde, nicht ins Auge fassen.

In Kenia wie anderswo wird die ökonomische Krise eine politische Lösung haben.

(Quelle: L'Economiste du Tiers Monde, Paris, Nr. 14, September/Oktober 1976)

Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Das kenianische Pfund ist 2,5 US-Dollar wert. 1 Kenia-Shilling = 100 Cents = 0,3299 DM (1975).
- 2) Eine Chrysanthemenerart, aus deren Blütenköpfen ein Insektizid gewonnen wird.

**Adressenänderung bitte
rechtzeitig bekanntgeben!**

Vom 14.—20. Dezember 1976 fand in Hanoi der 4. Parteitag der Partei Ho Chi Minhs, der Partei der Werktätigen Vietnams, statt; 1008 Delegierte aus dem ganzen Land sowie 29 ausländische Delegationen nahmen daran teil.

Der 4. Parteitag reiht sich ein in die ruhmreiche Geschichte einer Partei, deren Parteitage jeweils die Ausgangspunkte historisch bedeutsamer Veränderungen markierten und die in den nunmehr 46 Jahren ihrer Existenz alleine 30 Jahre im bewaffneten Widerstandskampf gegen ausländische Aggressoren stand.

Bilanz von 30 Jahren bewaffnetem Widerstandskampf

Der 1. Parteitag der damals noch Kommunistischen Partei Indochinas heißenden revolutionären Arbeiterpartei wurde im Ausland, in Macao, durchgeführt. Die dort im März 1935 versammelten 14 Delegierten orientierten auf die Entwicklung der Partei zu einer echten Massenorganisation und Avantgarde wie auf die Schaffung einer vereinten antiimperialistischen Front gegen die Kolonialherrschaft.

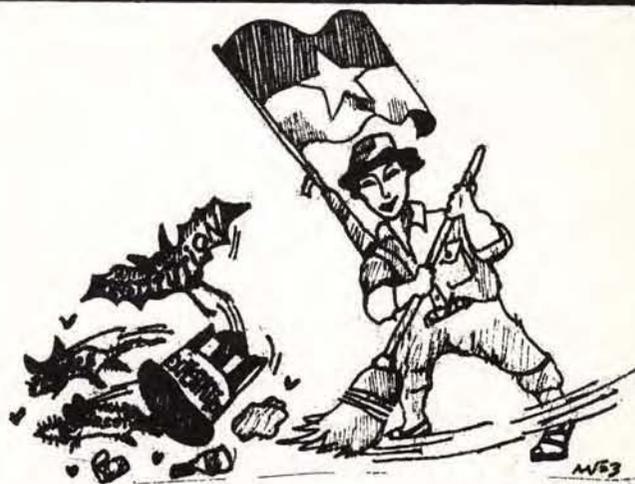
Nachdem mit der Augustrevolution von 1945 die japanischen Faschisten vertrieben waren und mit der Proklamation der Demokratischen Republik Vietnam die erste demokratische Staatsmacht in der Geschichte Vietnams errichtet war, begann 1946 der Widerstandskampf gegen den französischen Imperialismus. Dem trug der 2. Parteitag Rechnung, der im Februar 1951 in Tuyen Bac, der Basis der Befreiungskämpfer, stattfand. Er definierte die vietnamesische Revolution als nationaldemokratische Volksrevolution und beschloß — in Anbetracht der Fortschritte der Revolution auch in Laos und Kambodscha — die Gründung der Partei der Werktätigen Vietnams (PdWV).

Nach dem Sieg bei Dien Bien Phu trat der amerikanische Imperialismus an die Stelle des französischen und errichtete im Süden ein Marionettenregime. Der im September 1960 nach Hanoi einberufene 3. Parteitag (521 Delegierte) stellte der Partei zwei strategische Aufgaben: Die Durchführung der nationaldemokratischen Volksrevolution im Süden und der sozialistischen Revolution im Norden.

Mit dem Sieg über die US-Imperialisten und der totalen Befreiung des Südens im Frühjahr 1975 wurde auch diese Etappe der vietnamesischen Revolution erfolgreich abgeschlossen. Der 4. Parteitag konnte so eine endgültige Bilanz der Befreiung von der Fremdherrschaft ziehen. Und ihm gingen historische Maßnahmen des von Ho Chi Minh vorgezeichneten Wiedervereinigungsprozesses voraus: Im November 1975 fand in Ho Chi Minh-Stadt die beratende politische Konferenz für die Wiedervereinigung des vietnamesischen Vaterlandes statt (Wortlaut in AIB, Nr. 1/1976). Es folgten die gemeinsamen Wahlen vom 25. April 1976 und die von der im Juni/Juli 1976 in Hanoi tagenden 1. Nationalversammlung vollzogene Gründung der Sozialistischen Republik Vietnam (Gründungsdeklaration in AIB, Nr. 10/1976). Sie erbrachten ein überwältigendes Votum des vietnamesischen Volkes für die sozialistische Revolution wie ihre bewährte Führung. Und sie markieren den Übergang zu einer neuen Etappe der Revolution, in der es nur noch ein Ziel gibt: den Aufbau des Sozialismus im ganzen Land.

Die gesamte Geschichte Vietnams wie auch das Ergebnis der Wahlen vom Frühjahr 1976 weisen die Partei der Werktätigen als die führende, von den breiten Massen anerkannte und unterstützte politische Kraft Vietnams aus.

Den Beschlüssen des 4. Parteitages des repräsentativsten Forums der Millionen PdWV-Mitglieder des ganzen Landes, kam von daher eine fundamentale Bedeutung zu, stellten sie



doch nach der vollendeten Befreiung nun die Weichen für den Entwicklungsweg des Landes auf Jahrzehnte hinaus. Kennzeichnend für dieses Forum war ferner die nüchterne und in aller Offenheit geführte Diskussion über die Probleme, die der Krieg und die neokoloniale Herrschaft der USA in Südvietnam hinterließen. Die Bewältigung dieses schweren Erbes stand auch mit im Mittelpunkt des Politischen Berichtes, den der 1. Sekretär der PdWV, Le Duan, dem Parteitag erstattete.

Le Duan zog die Bilanz des Sieges über den US-Imperialismus, den er als Wendepunkt in der vietnamesischen Geschichte würdigte. In weiteren Hauptabschnitten behandelte der Bericht die Grundlinien der vietnamesischen Revolution und den ausenpolitischen Kurs der SRV. Detailliert ging er ferner auf die Hauptaufgaben des für 1976—1980 konzipierten Fünfjahresplans ein, der eine Steigerung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts Vietnams um 14,5 %—15,5 % jährlich vorsieht. Die zwei Kernziele des Fünfjahresplanes bestehen in der Schaffung der materiell-technischen Basis des Sozialismus und der Verbesserung des Lebens der Werktätigen. Mit Hilfe der sozialistischen Länder sollen solche Projekte wie die beschleunigte Elektrifizierung von Stadt und Land, die Stärkung der Schlüsselrolle des Maschinenbaus beim Übergang zur sozialistischen Großproduktion sowie die Mechanisierung der Landwirtschaft in Angriff genommen werden.

Die politische Macht gehört den Arbeitern

Als Voraussetzung dazu charakterisierte Le Duan in einem weiteren Hauptabschnitt die Stärkung des sozialistischen Staates, definiert als Organ der „Diktatur des Proletariats“. Unter Führung der PdWV gelte es hierzu im besonderen, die Verbesserung der Arbeit der Massenorgane sowie die Festigung des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und werktätigen Bauern als den Hauptkräften des revolutionären Prozesses zu realisieren.

In den nachstehend dokumentierten Passagen des Politischen Berichtes behandelt Le Duan die gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Grundlinien des sozialistischen Entwicklungsweges. Sie zeugen von einem programmatisch abgeklärten und beispielgebenden Herangehen an die großen Probleme und Aufgaben des Wiederaufbaus, der nahen Zukunft eines schwer geprüften Landes.

Außer der Verabschiedung des politischen Berichtes gehörten zu den Höhepunkten dieses historischen Parteitages: die Verabschiedung des Fünfjahresplanes, die Umbenennung der Partei der Werktätigen in Kommunistische Partei Vietnams und die Verabschiedung eines neuen Statutes, die Wahl eines neuen Zentralkomitees und schließlich die Wahl Le Duans, des bisherigen 1. Sekretärs des Zentralkomitees der Partei der Werktätigen, zum Generalsekretär der Kommunistischen Partei Vietnams.

Le Duan

Politischer Bericht an den 4. Parteitag der Partei der Werktätigen Vietnams

(. . .) „Vietnam ist ein Ganzes, die vietnamesische Nation ist eine einzige“. Die vietnamesische Geschichte war seit Jahrtausenden die Geschichte eines und desselben Landes, einer und derselben Nation, die Geschichte eines fortwährenden Verteidigungskampfes und des Sieges über alle Kräfte der Aggression und Zerteilung.

Seit der Neokolonialismus dem Süden durch den US-Imperialismus aufgezwungen wurde, sind nationale Unabhängigkeit und Vereinigung zum eisernen Willen und zur geheiligten Sehnsucht unserer Landsleute und Kämpfer im patriotischen Kampf gegen die US-Aggression geworden. Der große Sieg des Frühjahrs 1975 brachte mit der Wiedererlangung der völligen Unabhängigkeit für das Vaterland ebenso konsequenterweise die Wiederherstellung der Einheit des Landes.

Ho Chi Minhs Verknüpfung von Patriotismus und Sozialismus

Darüber hinaus sind in unserer Zeit **nationale Unabhängigkeit und Sozialismus** untrennbar verbunden und ist in unserem Land, wo die Arbeiterklasse die Führung der Revolution innehat, der Triumph der nationaldemokratischen Volksrevolution zugleich der Beginn der sozialistischen Revolution, der Beginn der Übergangsperiode zum Sozialismus und der Beginn der Periode der Durchführung der historischen Mission der proletarischen Diktatur. Dieser historische Wendepunkt fand im Norden vor 20 Jahren und im ganzen Land am 30. April letzten Jahres statt. Von daher fungierten Unabhängigkeit und Einheit nicht nur als integrale Bestandteile des Sozialismus, sondern schafften sie dessen Voraussetzungen.

Mit dem vollen Sieg im Widerstandskrieg gegen die US-Aggression zur Rettung des Vaterlandes tritt die vietnamesische Revolution in eine neue Periode ein, in die Periode, in der das unabhängige und vereinte Land eine einzige strategische Aufgabe zu erfüllen hat: die Durchführung der sozialistischen Revolution für den schnellen, kraftvollen und sicheren Vormarsch zum Sozialismus.

Der Sozialismus ist heute das Nahziel der vietnamesischen Revolution und gleichzeitig der objektiv notwendige Weg der Entwicklung der vietnamesischen Gesellschaft. Dieser Weg entspricht der Gesetzmäßigkeit des Übergangs der menschlichen Gesellschaft vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab.

Erfüllt von diesen großen Ideen hob unsere Partei in ihrem ersten Programm hervor, daß die vietnamesische Revolution ein kontinuierlich fortschreitender revolutionärer Prozeß ist, **von der nationaldemokratischen Volksrevolution zur sozialistischen Revolution**. Und in diesem revolutionären Prozeß hielt unsere Partei zu jeder Zeit, ganz gleich ob es nur eine strategische Aufgabe oder zwei für das ganze Land gab, seit ihrer Gründung immer die zwei Fahnen der Unabhängigkeit und des Sozialismus hoch. Das ist die Linie, die Kraft und der Ursprung des Sieges der Revolution in unserem Lande.

Nun, da unser Vaterland die völlige Unabhängigkeit wiedererlangt hat, sind Nation und Sozialismus ein und dasselbe. Nur der Sozialismus vermag den Traum von Generationen werktätiger Menschen zu verwirklichen, frei von Unterdrückung, Ausbeutung, Armut und Rückständigkeit zu sein, um satt zu werden, sich warm kleiden zu können, ein gesichertes Morgen, ein zivilisiertes und glückliches Leben zu haben. Nur der Sozialismus vermag dem werktätigen Volk das volle Recht der Herrschaftsausübung, die wahren menschlichen Werte zu geben, damit der Mensch wirklich Herr der Gesellschaft, Herr der Natur und Herr seiner selbst sein kann. Nur dank des Sozialismus wird unser Vaterland über eine moderne Wirtschaft, eine fortgeschrittene Kultur und Wissenschaft, eine stabile und starke nationale Verteidigung verfügen können, welche die Gewähr für dauerhafte Unabhängigkeit, Freiheit und einen stetig ansteigenden Wohlstand bieten. Nur der Sozialismus kann die Vereinigung unseres Vaterlandes im höchsten und vollsten Ausmaß zustandebringen, in den verschiedenen Bereichen des Territoriums, des politischen und moralischen Lebens, der Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft ebenso wie auf dem Gebiet der Rechte und Pflichten, wodurch die Solidarität wie die aufrichtige und tiefe gegenseitige Liebe unter allen Mitgliedern der Gesellschaft gefördert wird. (. . .)

Die Generallinie der neuen Etappe

Genossen, mit den oben dargestellten Inhalten können wir nun die **Generallinie für die sozialistische Revolution** in der neuen Periode in unserem Land wie folgt fortschreiben:

Die feste Errichtung der Diktatur des Proletariats, die Förderung des Rechts der kollektiven Herrschaft des arbeitenden Volkes; die gleichzeitige Durchführung dreier Revolutionen: die Revolution der Produktionsverhältnisse, die wissenschaftliche und technische Revolution, und die ideologische und kulturelle Revolution, unter denen die wissenschaftlich-technische Revolution das Kernstück bildet; die Forcierung der sozialistischen Industrialisierung, die die zentrale Aufgabe in der Periode des Übergangs zum Sozialismus ist; die Einrichtung des Systems der sozialistischen kollektiven Herrschaftsausübung, die Errichtung der sozialistischen Großproduktion, das Schaffen der neuen Kultur und das Formen des neuen sozialistischen Menschentyps.

Es gilt, die Ordnung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen sowie die Armut und die Rückständigkeit zu beseitigen, die Wachsamkeit stetig zu erhöhen, die nationale Verteidigungskraft ständig zu stärken, die politische Sicherheit und die gesellschaftliche Ordnung zu schützen, um erfolgreich das vietnamesische Vaterland in ein friedliches, unabhängiges, einheitliches und sozialistisches Land zu verwandeln, und um einen aktiven Beitrag im Kampf der Völker der Welt für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus zu leisten.

Präsident Ho Chi Minh, die Verkörperung unserer Nation, verknüpfte – im Bewußtsein der Charakteristika unserer Epoche – den Patriotismus mit dem Sozialismus. Er sagte:

„Wenn das Land gerettet und die Nation befreit werden soll, gibt es keinen anderen Weg als den der proletarischen Revolution“¹. „Nur Sozialismus und Kommunismus können die unterdrückten Völker und das arbeitende Volk in der Welt vom Joch der Sklaverei befreien“².

Vorrang der Schwerindustrie

Die Linie für den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft in der neuen Etappe unseres Landes ist folgende:

Die sozialistische Industrialisierung zu beschleunigen, die materiellen und technischen Grundlagen des Sozialismus zu schaffen und die Wirtschaft unseres Landes von der Kleinproduktion zur sozialistischen Großproduktion zu führen. Es kommt darauf an, der rationalen Entwicklung der Schwerindustrie Vorrangigkeit einzuräumen auf der Grundlage der Entwicklung der Landwirtschaft und der Leichtindustrie, um Industrie und Landwirtschaft im ganzen Land zu einer industriell-agrarischen Wirtschaftsstruktur zu formen. Es ist notwendig, die Wirtschaftszentren gleichzeitig mit der Entwicklung der örtlichen Wirtschaft zu einer einheitlichen nationalen Wirtschaftsstruktur zu kombinieren. Es gilt, die Entwicklung der Produktivkräfte mit der Herausbildung und Vervollkommnung der neuen Produktionsverhältnisse ebenso zu verbinden wie die Wirtschaft mit der nationalen Verteidigung. Die Beziehung der Arbeitsteilung, der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Beistands mit den sozialistischen Bruderländern sind auf der Grundlage des sozialistischen Internationalismus zu stärken und zugleich die wirtschaftlichen Beziehungen mit anderen Ländern auf der Grundlage der Respektierung der Unabhängigkeit, Souveränität und des gegenseitigen Vorteils zu entwickeln, um Vietnam zu einem sozialistischen Land mit einer modernen Industrie und Landwirtschaft, einer fortgeschrittenen Kultur, Wissenschaft und Technik, einer stabilen Verteidigung und einem zivilisierten und glücklichen Leben zu entwickeln.

Wir werden darum kämpfen, den Prozeß der Entwicklung der Wirtschaft von der Kleinindustrie zur sozialistischen Großindustrie in einem Zeitraum von ungefähr 20 Jahren im wesentlichen abzuschließen. Das ist der Hauptinhalt des erbitterten und komplizierten Klassenkampfes zur Lösung des Problems „Wer – Wen?“ zwischen Proletariat und Bourgeoisie, zwischen sozialistischem und kapitalistischem Weg.

Die Frage „Wer – Wen“?

Das Charakteristische dieses Klassenkampfes ist, daß es sich um eine Kombination des Übergang mit dem Aufbau, der Ökonomie mit der Politik, von friedlichen Mitteln mit Mitteln der Gewalt, von Überzeugung mit Zwang, von erzieherischen mit administrativen Maßnahmen handelt, wobei die Umwälzung der Wirtschaft von der Kleinproduktion zur sozialistischen Großproduktion ein langwieriges und kompliziertes Unterfangen ist, dem eine entscheidende Bedeutung für den vollständigen Sieg des Sozialismus in unserem Land zukommt.

Auf der Basis der oben beschriebenen Generallinie und der Linie für die ökonomische Entwicklung werden wir von heute bis 1980 bestrebt sein, die Leitungs- und Kampfkraft der Partei zu erhöhen, den Staat der Diktatur des Proletariats zu stärken, die revolutionären Bewegungen in den Massen zu verankern – hauptsächlich die Bewegungen des Wettbewerbs für Arbeit, Produktion und den Aufbau des Sozialismus mit Eifer und Sparsamkeit –, die Vervollständigung der Wiedervereinigung des Landes in allen Bereichen voranzutreiben, erneute Veränderungen in der Durchführung der drei Revolutionen zu schaffen, einen Schritt voran zu tun beim Aufbau des neuen Regimes, der neuen Wirtschaft, der neuen Kultur

und des neuen Menschentyps, speziell die Rehabilitation zu beschleunigen, die Umwandlung und Entwicklung der Wirtschaft und Kultur zu vervollständigen, den Aufbau der materiellen und technischen Basis des Sozialismus auf eine neue Stufe zu heben in dem Bemühen, den Nachkriegsstand des Lebensstandards des Volkes ein Stück weiter zu verbessern und in dem Bestreben, das Kontingent der Kader zu erhöhen und zu verbessern.

Orientierungen und Aufgaben für den Fünfjahrplan 1976–1980

Genossen, in der neuen Etappe der Revolution in Vietnam nimmt der Fünfjahrplan 1976–1980 eine außerordentlich wichtige Stellung ein. Er hat sowohl die Aufgabe, die schweren Folgen des dreißigjährigen Krieges und des Neokolonialismus zu überwinden als auch gleichzeitig die ursprünglich arme und rückständige Wirtschaft zu reorganisieren, die ersten Schritte zum Aufbau der sozialistischen Großproduktion im ganzen Lande zu tun und das Fundament für die Industrialisierung des Landes zu legen.

Unser Land nimmt diesen Fünfjahrplan unter sehr vielen Schwierigkeiten in Angriff. Die größte Schwierigkeit besteht darin, mit einer Wirtschaft, die weitgehend noch von der Kleinproduktion bestimmt wird, deren Arbeitsproduktivität und Nationaleinkommen noch niedrig sind und der noch Nahrungsmittel für die Menschen und Material, Brennstoffe und Ersatzteile für die Industrie fehlen, in der Export und Import noch nicht ausgeglichen sind, gleichzeitig zwei grundlegende und dringende Aufgaben zu erfüllen. Sie bestehen darin, zugleich die Befriedigung der elementaren Lebensbedürfnisse des Volkes und die Akkumulation für die Schaffung der materiellen und technischen Basis des Sozialismus voranzubringen.

Wir haben jedoch auch viele sehr wesentliche Vorteile, die mit allen Kräften zu nutzen sind. Unser Land besitzt ein relativ großes Potential in der tropischen Landwirtschaft, das es uns erlaubt, die Anbaufläche zu erweitern und mehrere Ernten im Jahr zu erzielen, die Produktion allseitig zu entwickeln und die Intensivierung des Anbaus großzügig anzugehen. Wir haben viele Millionen ha Wälder und Waldböden, die 3200 km lange Küste und ein großes Seegebiet mit reichhaltigen Meeresprodukten, die das ganze Jahr genutzt werden können.

Unser Land verfügt bereits über einige erste Betriebe der Schwerindustrie und über eine in Anfängen entwickelte Leicht- und Lebensmittelindustrie. Dazu besitzt unser Land auch große Energiequellen und verschiedene Bodenschätze, die als Grundlage für die Entwicklung einer modernen Industrie dienen können. Mit der geographischen Lage unseres Vaterlandes haben wir günstige Bedingungen zur Entwicklung aller Zweige des Transportwesens und zur Erweiterung der Verkehrsbedingungen im Lande selbst wie mit dem Ausland.

Konzentration der Kräfte zum Wirtschaftsaufbau

Aber der wertvollste Besitz sind 22 Millionen Arbeitskräfte, über eine Million an technischen Kadern und Facharbeitern, sowie ansehnliche Kräfte der Armee, die mit dem wirtschaftlichen Aufbau beschäftigt sind. Wir haben bereits gewisse Erfahrungen in der sozialistischen Revolution gesammelt; zudem erhalten wir von den sozialistischen Bruderländern wertvolle Hilfe und können die enge Zusammenarbeit mit ihnen auf dem Gebiet von Wirtschaft und Technik ausschöpfen.

Es gilt im Zeitraum des zweiten Fünfjahrplans (1976–1980), die gesamte Partei, das Volk und die Armee im Geiste der



kollektiven Machtausübung, des Selbstvertrauens und Enthusiasmus zu mobilisieren, um aus eigener Kraft alle Vorzüge zu nutzen und die Schwierigkeiten zu überwinden, um erfolgreich die folgenden **grundlegenden Aufgaben** zu erfüllen:

- Höchste Konzentration der Kräfte des ganzen Landes, aller Zweige und Abteilungen, um eine aufstrebende Entwicklung der **Landwirtschaft zu erreichen; das Betreiben, Forstwirtschaft und Fischerei zu verbessern; die energische Entwicklung der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie (einschließlich des Handwerks und der Kleinindustrie) mit dem Ziel, ständig den Bedarf des Landes an Futter- und Nahrungsmitteln und einen bedeutenden Teil an allgemeinen Konsumgütern abzudecken**; in der Verbesserung des materiellen und kulturellen Lebens des Volkes und in der Akkumulation für die sozialistische Industrialisierung.

- Volle Nutzbarmachung der vorhandenen Kapazitäten und **Schaffung von neuen Zentren der Schwerindustrie**, besonders des Maschinenbaus, um vor allem der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft, dem Fischereiwesen und der Leichtindustrie zu dienen und um davon für die technische Ausrüstung der folgenden Periode zu profitieren.

Es gilt in der aktiven Ausdehnung des Nachrichten- und Verkehrswesens, in der raschen Steigerung der Kapazitäten des Städtebaus, im Aufschwung der wissenschaftlichen und technischen Arbeit voranzukommen, um Vorbereitungen auf allen Gebieten für den großzügigen Aufbau in der langfristigen Zukunftsplanung zu treffen.

- Die **Nutzung der gesamten gesellschaftlichen Arbeitskraft**; die gute Organisation und Leitung der Arbeitskräfte, um die gesellschaftliche Arbeitsproduktivität merklich zu erhöhen; die grundlegenden Schritte für die **Schaffung einer industriell-agrarischen Wirtschaftsstruktur** sind zu unternehmen, indem die Wirtschaftszentren mit der lokalen Wirtschaft verbunden werden und so Schritt für Schritt der Bezirk in eine agrar-industrielle Wirtschaftseinheit verwandelt wird; die Verbindung der Wirtschaft mit der nationalen Verteidigung, der Aufbau einer nationalen Verteidigung des ganzen Volkes.

- Gilt es im Süden grundlegende sozialistische Umgestaltungen zu erreichen, so sind im Norden die **sozialistischen Produktionsverhältnisse** zu konsolidieren und auszubauen;

die Aktivitäten im Bereich von Handel, Preisentwicklung, Finanzen und Bankwesen bedürfen einer energischen Verbesserung.

- Die Quellen für den Export vor allem von landwirtschaftlichen und leichtindustriellen Produkten sind rascher zu erschließen, um die **Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland verbreitern** zu können.

- Anstrengungen sind zu unternehmen, um das **Bildungs-, Kultur- und Gesundheitswesen** zu entwickeln, eine Bildungsreform durchzuführen, die Ausbildung von Kadern und Arbeitskräften voranzutreiben, um die Folgen von Neokolonialismus und Krieg auf der sozialen Ebene zu beseitigen.

- Eine tiefgreifende Umwandlung der **ökonomischen Organisation und Leitung** muß erreicht werden, um ein neues ökonomisches System der Leitung im nationalen Maßstab zu errichten.

Bis zum Jahre 1980 werden wir um die Realisierung folgender Ziele kämpfen:

- 21 Mio Tonnen (t) Lebensmittel
- 1 Mio t Meeresfische
- 1,2 Mio Hektar (ha) Neuaufforstung
- 1 Mio ha neue Anbaufläche
- 16,5 Mio Schweine
- 10 Mio t Kohle
- 5 Mrd Kilowattstunden Elektroenergie
- 2 Mio t Zement
- 1,3 Mio t Düngemittel
- 0,3 Mio t Stahl
- 450 Mio qm Gewebe
- 130 000 t Papier
- 14 Mio qm Wohnfläche (die Eigenleistung der Bevölkerung nicht eingerechnet). (. . .)

(Quelle: Le Duan, Political Report, Hektographiertes Manuskript, Hanoi, Dezember 1976, S. 29–59)

Anmerkungen:

- 1) Ho Chi Minh, On Party building, Hanoi 1970, S. 82
- 2) Ho Chi Minh, For the sake of independence, freedom and socialism, Hanoi 1970, S. 229

Günter Ritter

Scholl-Latour und das US-Erbe in Vietnam

In der zweiten Jahreshälfte 1976 hatte der ehemalige Fremdenlegionär in Indochina und jetzige Sonderkorrespondent des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF), Peter Scholl-Latour, Gelegenheit, das wiedervereinigte Vietnam zu besuchen. Um die Jahreswende 1976/77 wertete Scholl-Latour seine Reise in zahlreichen Artikeln u. a. in der Deutschen Zeitung, Bild+Funk und Hör Zu, sowie in einer zweiteiligen Fernsehsendung im ZDF aus. Der Reporter dünkt sich betont liberal und objektiv. Solcherart kommt er sowohl in den Presseberichten als auch in seinem Fernsehfilm zu dem Ergebnis, daß im Norden „Anpassung der Bevölkerung an das sozialistische System und bittere Armut“ kennzeichnend für die augenblickliche Situation sind; im Süden Vietnams will der ZDF-Korrespondent eine durch „die nordvietnamesische Besetzung hervorgerufene Traurigkeit und Wehmut“ festgestellt haben.

Die Absicht, die hinter dieser Art von Berichterstattung steckt, die gerade in den USA und hierzulande weite Kreise zieht, ist folgende: Die Freunde Vietnams in aller Welt sollen verunsichert, die internationale Solidaritätsbewegung soll geschwächt werden.

Umso bedauerlicher ist der Umstand, daß dieser Kampagne auch progressive Kräfte auf den Leim gingen. Jüngst haben sich prominente Mitglieder der amerikanischen Anti-Kriegsbewegung wie die Sängerin Joan Baez und der Schriftsteller Norman Mailer gegen die angebliche „Verletzung der Menschenrechte in Vietnam“¹ gewandt.

Dies ist ein Grund mehr, um die Auseinandersetzung mit Leuten vom Schlage eines Peter Scholl-Latour zu führen, ihren Methoden, Absichten und Auslassungen nachzugehen.

Die Verharmlosung der Kriegsschäden

Legt man die Berichte Scholl-Latours zugrunde, so muß man den Eindruck gewinnen, als ob der jahrzehntelange Aggressionskrieg der USA gegen Vietnam kaum Spuren hinterlassen hätte. Von den verheerenden Folgen und Auswirkungen der US-Kriegsführung, mit deren Überwindung das vietnamesische Volk noch Jahre beschäftigt sein wird, ist bei Scholl-Latour nur beiläufig die Rede. So behauptet er z. B., daß „Hanoi nicht so zerstört war wie erwartet, in geringem Maß nur zerstört. Die Bombardierung hat wesentlich in anderen Gegenden stattgefunden.“² Eine solche Darstellung kann man nur als Zynismus werten, wenn man weiß, welches furchtbare Ausmaß die sogenannten „Weihnachtsbombardements“ von 1972 auf Hanoi hatten; allein in einer Bombennacht starben damals in der Kham-Tien-Straße 800 Menschen, ganze Wohnbezirke wurden dem Erdboden gleichgemacht.

Aus dieser Sicht erscheint es dem ZDF-Berichterstatter natürlich auch unverständlich, warum man im befreiten Vietnam in möglichst kurzer Zeit eine große Menge neuer Wohnungen zu bauen sucht. Für ihn sind die Neubauten nicht Wohnraum für viele Familien, die ihr Heim durch amerika-



nische Bomben verloren haben; vielmehr wecken sie bei ihm in ihrer „erbärmlichen Qualität“ lediglich Erinnerungen an das „trostlose Nowosibirsk“.

Da Scholl-Latour die Bedingungen, unter denen sich der Wiederaufbau in Vietnam vollzieht, ganz offensichtlich nicht als Erbe der US-Aggression begreift, muß ihn natürlich auch noch etwas anderes frappieren, nämlich „die unglaubliche Armut, in der die Bevölkerung lebt, eine Armut, die im Norden weit größer ist, als sie im Süden war.“³

Als Index für die Kriterien „Armut“ und „Wohlstand“ benutzt er freilich nicht etwa die Sicherung des Existenzminimums für die Menschen, wie es für ein Land wie Vietnam angebracht wäre.

Fernsehgeräte als Index für Wohlstand?

Die 30 000 Fernsehgeräte, die es im Norden gibt und die Zahl von 2 Mio Geräten im Süden scheinen Scholl-Latour offenbar Beweis genug für seine These zu sein.

Eine in diesem Zusammenhang unbedingt erforderliche Hintergrundinformation aber verschweigt er wohlweislich: Fernsehgeräte brachten in Südvietnam nicht nur durch ihren Verkauf Profit, sie waren auch wichtiges Medium zur ideologischen Vermittlung des „american way of life“, da ein großer Teil der Bevölkerung aus Analphabeten bestand. Wie wenig der Besitz eines Fernsehgerätes mit „Wohlstand“ zu tun hatte, macht ein Erlebnisbericht der jungen Franzosen Debris und Menras aus dem Saigon Thieus deutlich:

„Im Gegensatz zu diesem Luxus (gemeint ist der Lebensstil der Ausländer und der einheimischen Bourgeoisie in Saigon, d. Verf.) wimmelt es an den Flußufern, vor allem an den Zugängen zu der Chinesenstadt Cho-lon, von ungesunden Elendsquartieren. In dem einzigen Raum, der gleichzeitig als Küche und Schlafzimmer dient, und in dem eine mehr als zehnköpfige Familie zusammengepfercht ist, kann man

oft ein nagelneues Motorrad Marke ‚Honda‘ sehen, einen Fernsehapparat und, ein paar Zentimeter von dem Ahnenaltar entfernt, vor dem Räucherstäbchen brennen, aus dem ‚Playboy‘ ausgeschnittene Aktfotos. Augenfällige Symbole einer amerikanischen Überfluggesellschaft im Schoße eines erschreckenden vietnamesischen Elends.“⁴

Etwa zur gleichen Zeit beschrieb der amerikanische Sprachwissenschaftler Noam Chomsky seine Eindrücke während einer Reise durch Nordvietnam folgendermaßen:

„Überall wo wir hinkamen, schienen die Menschen gesund, gut genährt und ausreichend gekleidet zu sein. Zwischen dem Lebensstandard von Stadt und Land gab es keinen sichtbaren Unterschied.“⁵

Im Norden wurden Hunger und Elend für die gesamte Bevölkerung gebannt; im Süden lebte eine US-hörige, besitzende Oberschicht im Überfluß, eine korrupte Mittelschicht mit leidlichem US-Konsum und die große Masse der Bevölkerung in Elend und Slumdasein.

Der entscheidende Unterschied zwischen dem Norden und dem Süden Vietnams bestand darin, daß der sozialistische Norden dem Einfluß des amerikanischen Neokolonialismus entzogen war, während die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Struktur der nichtbefreiten Gebiete des Südens langsam durch diesen Einfluß zerstört wurde.

US-Neokolonialismus hinterläßt ein schweres Erbe

Diesen Vorgang beschreibt Scholl-Latour nicht. Er verschweigt, daß durch die amerikanischen Bombardements die Bauern Südviets in Scharen in die Städte zu fliehen gezwungen waren; so hatte 1960 Saigon nur 300 000 Einwohner, heute sind es 3 Mio.

Die Folgen waren verheerend: War Südvietnam früher der größte Reisexporteur Südasiens, so mußte ab 1965 jährlich 1 Mio Tonnen Reis eingeführt werden. Die neokolonialistische Durchdringung der Wirtschaft durch ausländische Kapitalinvestitionen bewirkte lediglich, daß 5 % der arbeitsfähigen Bevölkerung produktiv im industriellen Bereich tätig waren. 53 % hingegen waren im aufgeblähten parasitären und unproduktiven Bereich, etwa im Dienstleistungssektor, beschäftigt⁶. Nach der Befreiung gab es allein in Saigon 1,2 Mio Arbeitslose; darüber hinaus in Südvietnam 500 000 Prostituierte, 100 000 Drogenabhängige, 15 000 vagabundierende Menschen, 10 000 Bettler sowie Hunderttausende von kranken oder behinderten Menschen⁷.

Die Bemühungen der revolutionären Macht, all diese Menschen in die neue Gesellschaft zu integrieren, beeindruckten die katholische Nonne van der Mersch bei ihrer Vietnam-Reise sehr. Ihr fielen besonders die „für uns ungewohnte Behutsamkeit und Menschlichkeit“⁸ auf, mit der die Opfer des Neokolonialismus auf ihre Rolle in der neuen, in ihrer Gesellschaft vorbereitet werden.

Peter Scholl-Latour freilich fehlen die Prostituierten, Schwarzhändler und Bettler sowohl im Straßen- als auch in seinem Weltbild. Für ihn ist „Saigons Fröhlichkeit (. . .) erloschen. Saigon ist geduckt, gedemütigt, eine besetzte Stadt.“⁹

Eine alte Legende: Besetzung durch den Norden

Die Wiedervereinigung Vietnams, erstes Kampfziel aller vietnamesischen Patrioten, wird von Scholl-Latour als Eroberung des Südens durch den Norden dargestellt.

Abgesehen von der historischen Unhaltbarkeit dieser Behauptung hält sie einer Überprüfung an den tatsächlichen Aktivitäten der Nordvietnamesen nicht stand: Diese gebärden sich nämlich keineswegs als „Eroberer“, sondern unterstützen den Süden tatkräftig bei der Überwindung seiner durch die amerikanische Besetzung entstandenen Schwierig-

keiten. Als es 1975 galt, eine Hungersnot in Südvietnam zu verhindern, half der Norden mit seiner „Ho-Chi-Minh-Versorgungskampagne“. Heute helfen Einheiten der Armee aus dem Norden, die „Neuen Wirtschaftszonen“ aufzubauen. Die Schwierigkeiten dabei sind beträchtlich, mußten doch allein im Distrikt Trieu Phong 1,6 Mio Minen entschärft werden, um 1000 ha Boden wiederbewirtschaften zu können¹⁰. In der Regel verhalten sich Eroberer nicht so, eine Erfahrung, die auch die südvietnamesischen Bauern gemacht haben, die einst von den Amerikanern in „strategischen Wehrdörfern“ eingepfercht worden sind.

Die natürlichen Verbündeten der Nordvietnamesen sowohl im Kampf gegen die US-Aggression als auch beim Wiederaufbau, die Kämpfer und Kader der südvietnamesischen Befreiungsfront (FNL), von denen abertausende in Thieu Gefängnissen und Tigerkäfigen saßen und die heute in vorderster Front bei der Errichtung des neuen Vietnam kämpfen, sie kommen in Scholl-Latours Reportagen nicht vor, sie passen nicht in das Bild eines von den „Eroberern aus dem Norden unterdrückten Südviets“. Daß ausgerechnet die einstigen illegalen Widerstandskämpfer und die Befreiungskämpfer der FNL, die heute gemeinsam die soziale Revolution und den Wiederaufbau im Süden anführen, in Scholl-Latours Berichterstattung fehlen, hat Methode.

Feindselige Haltung der USA und BRD

Eine weitere Schwierigkeit beim Wiederaufbau, die bei Scholl-Latour nicht erwähnt wird, ergibt sich aus der nach wie vor feindseligen Haltung der USA gegenüber Vietnam. Noch in den letzten Kriegstagen betätigten sich die Amerikaner als Kinderräuber, als sie mit der Aktion „Babylift“ Tausende von vietnamesischen Kindern in die USA entführten; der im Pariser Vietnam-Abkommen eingegangenen Verpflichtung zur Heilung der Kriegswunden kamen die USA bisher nicht nach, obwohl der damalige Präsident Nixon 3 Mrd Dollar zugesichert hatte¹¹; ein Handelsboykott bewirkte, daß auch private Hilfeleistungen und wirtschaftliche Beziehungen ausblieben; das Veto der USA verhinderte bisher die UNO-Aufnahme Vietnams.

Auch die Bundesregierung hat wenig getan, um einen angemessenen Beitrag zum Wiederaufbau in Vietnam zu leisten. Im Gegenteil: Durch seine Stimmenthaltung unterstützte der Vertreter Bonns in der UNO indirekt das Veto der USA.

Nicht zuletzt kommt die grundsätzlich feindselige Haltung der herrschenden Kreise in der BRD auch darin zum Ausdruck, wenn Leuten wie Peter Scholl-Latour breiteste Gelegenheit gegeben wird, in den Massenmedien ein verfälschtes Bild von Vietnam und seinem Volk zu verkaufen. Die großbürgerliche Frankfurter Allgemeine feierte diesen Mann in ihrem Feuilleton als „großen Reporter“¹². In Wahrheit ist Scholl-Latour weder ein großer Reporter noch liberal oder objektiv, sondern ein ganz gewöhnlicher, wenn auch geschickter Apologet des Neokolonialismus.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Süddeutsche Zeitung, 4. 1. 1977
- 2) Fernseh-Dienst, Nr. 46/1976
- 3) Ebenda
- 4) Debris/Menras, In den Bagnos von Saigon, Berlin 1973, S. 12
- 5) Noam Chomsky, Kambodscha, Laos, Nordvietnam, Frankfurt 1972, S. 175
- 6) L'Economiste du tiers monde, Paris, Nr. 15/1976
- 7) Unsere Zeit, 11. 1. 1977
- 8) Deutsche Volkszeitung, Nr. 4/1977
- 9) Hör Zu, Nr. 51/1976
- 10) L'Economiste du tiers monde, Nr. 15/1976
- 11) Vietnam – Kultur und Befreiungskampf, Nr. 37/38, 1976
- 12) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. 12. 1976

Frank Werkmeister

Vietnam - Freundschaft wird vertieft

Am 5. Dezember 1976 wurde in Düsseldorf die „Gesellschaft für die Freundschaft zwischen den Völkern in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) und der Sozialistischen Republik Vietnam (SRV)“ gegründet. Langjährige Freunde des vietnamesischen Volkes und Repräsentanten der konsequenten Solidaritätsbewegung mit Vietnam hatten sich nach eingehenden Diskussionen auf ein gemeinsames Programm und auf eine Satzung geeinigt.

Die Idee, eine solche Freundschaftsgesellschaft mit Vietnam zu schaffen, war nicht neu. Schon seit vier bis fünf Jahren, spätestens jedoch seit Abschluß des Pariser Vietnam-Abkommens im Januar 1973, war unter den Freunden des vietnamesischen Volkes immer wieder über den Wunsch gesprochen worden, engere Beziehungen zwischen den Menschen beider Länder herzustellen, bestehende Kontakte auszubauen und zu entwickeln.

Solange aber die US-Imperialisten ihre Aggressionshandlungen fortsetzten, das Abkommen von Paris verletzt und die Marionetten um Thieu zu neuen Kriegshandlungen aufhetzten, mußte die gesamte Kraft der internationalen Solidaritätsbewegung auf den Kampf um die Verwirklichung des Pariser Vietnam-Abkommens und auf die materielle Hilfe konzentriert werden. Die Gründung einer Freundschaftsgesellschaft mußte vorerst verschoben werden.

Nach der vollständigen Befreiung ganz Vietnams im Frühjahr 1975 und nach der ein Jahr später vollzogenen Wiedervereinigung des Landes rückte der Gedanke der Freundschaftsgesellschaft bei denen, die sich in der Bundesrepublik seit Jahren für den Sieg des nationalen Befreiungskampfes und die Wiedervereinigung Vietnams eingesetzt hatten, wieder in den Vordergrund. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Hanoi und die damit verbundene Eröffnung einer Botschaft der Sozialistischen Republik Vietnam (SRV) in der Bundesrepublik im Sommer 1976 ermunterte die Freunde Vietnams, ihre Bemühungen zur Gründung der Freundschaftsgesellschaft nun energisch voranzutreiben.

Nach mehrmonatigen Konsultationen legten die Hilfsaktion Vietnam e. V., die Initiative Internationale Vietnam-Solidarität, die Wissenschaftlich-Technische Hilfe und schließlich auch das Initiativkomitee für deutsch-vietnamesische Kulturbeziehungen (BRD) e. V. eine politische Plattform vor, die sehr rasch die Zustimmung solcher Organisationsvertreter und Einzelpersonen fand, die sich z. T. schon über zehn Jahre zur politischen Solidarität mit dem antiimperialistischen Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes bekannt hatten.

Die im folgenden dokumentierte Grundsatzserklärung wurde von solchen Repräsentanten der Solidaritätsbewegung mitgetragen, die sich z. B. im Rahmen der Ostermarschbewegung und der Internationale der Kriegsdienstgegner schon 1963/64 der Sache des vietnamesischen Volkes angenommen hatten. Die Bundesvorsitzenden oder Vorstandsmitglieder aus den Reihen der Deutschen Friedensgesellschaft – Verband der Kriegsdienstgegner (DFG-VK), der Deutschen Journalistenunion (DJU), der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), der Jungdemokraten, der Jungsozialisten, des MSB Spartakus, der Naturfreundejugend, der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB), des Service Civil International (SCI)



Nguyen Trung, Geschäftsträger der SRV-Botschaft in Bonn

zählten ebenso zu den Trägern wie die Mitarbeiter der Evangelischen Studentengemeinden (ESG) oder anderer kirchlicher Institutionen, wie auch zahlreiche Hochschullehrer und Publizisten, darunter das Antiimperialistische Informationsbulletin (AIB).

Mit der Gründung der Freundschaftsgesellschaft ist eine neue Phase in der Solidaritätsbewegung erreicht. Nicht nur diejenigen Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen sind angesprochen und eingeladen, die sich in der Vergangenheit öffentlich für die Unterstützung und Forderungen der Demokratischen Republik Vietnam (DRV), der Nationalen Befreiungsfront Südvietsnams (FNL) bzw. der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietsnam einsetzen. Sie werden selbstverständlich am ehesten zur Mitarbeit in der Freundschaftsgesellschaft bereit sein. Die Träger der Freundschaftsgesellschaft reichen auch manchem von denen die Hand, die bisher nicht bereit waren, der Solidaritätsbewegung zu folgen. Was Erich Wulff, Mitherausgeber des AIB und neugewählter Vorsitzender der Freundschaftsgesellschaft mit Vietnam, auf der Gründungsfeier ausführte, gilt: „Was während des Kampfes des vietnamesischen Volkes kaum möglich war, weil es möglicherweise unseren vietnamesischen Freunden Schaden gebracht hätte, erscheint jetzt eher denkbar: durch eine Politik der Öffnung einen Lernprozeß auch bei denjenigen einzuleiten, die nur in Thieus Gebieten zu humanitären Hilfeleistungen bereit waren, aber aus antikommunistischem Vorurteil die Befreiungsbewegung ignorierten, oder aber sich überhaupt als unpolitisch verstanden. Wer von diesen Menschen ehrlich bereit ist, eine Freundschaft mit dem neuen Vietnam einzugehen, sollte uns willkommen sein“.

Die Freundschaftsgesellschaft hat eine große Zukunft, weil ihre Initiatoren und Mitglieder entschlossen sind, auf die Prinzipien einer ehrlichen Bündnispolitik zu bauen, die bitteren Erfahrungen sektiererischer Spaltungspolitik vergangener Jahre nicht zu vergessen und jenen die Hand zu reichen, die aus ihren Fehlern zu lernen bereit sind. Weil die Gesellschaft die Freundschaft mit dem vietnamesischen Volk, das sein zerstörtes Land in Unabhängigkeit und Freiheit wiederaufbaut, in den Mittelpunkt aller ihrer Bemühungen stellt, wird ihre Arbeit erfolgreich sein.

Grundsatzklärung der Freundschaftsgesellschaft BRD - SR Vietnam

Dreißig Jahre lang hat das vietnamesische Volk für Freiheit, Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und territoriale Integrität mutig und leidenschaftlich und unter schwersten Opfern für Land und Menschen kämpfen müssen. Der Widerstandskampf des vietnamesischen Volkes gegen die französische Kolonialmacht, gegen die Aggression der USA, gegen Terror und Unterdrückung durch fremde Ausbeuter und deren einheimische Handlanger hat im Frühjahr 1975 einen historischen und endgültigen Sieg errungen. Mit der Befreiung ganz Südvietnams wurden Freiheit und Unabhängigkeit für das gesamte Vietnam erreicht und die Wiedervereinigung des Landes auf staatlicher Ebene vollzogen. Die vietnamesische Bevölkerung hat mit dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft auf allen Ebenen begonnen.

Während des langen Widerstandskampfes, im politischen und diplomatischen Ringen entwickelte sich eine weltweite, ständig wachsende **Solidaritätsbewegung für das vietnamesische Volk**.

Auch in der Bundesrepublik Deutschland, deren Regierungen sämtlich die Aggressionspolitik der USA unterstützten, entstand seit 1965 eine immer stärker und breiter werdende Solidaritätsbewegung, die sich die moralische, politische und materielle Unterstützung des vietnamesischen Volkes zur Aufgabe machte.

Jugend-, Studenten- und Frauenverbände, politische, gewerkschaftliche und kirchliche Gruppierungen, Arbeiter wie Intellektuelle, Hausfrauen wie Rentner usw. engagierten sich in dieser Bewegung.

Sie traten für die berechtigten Forderungen des vietnamesischen Volkes ein und unterstützten so die Vorschläge der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam (DRV), der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams (FNL) und später der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam (PRR-RSV) zur Beendigung des Krieges; sie sammelten Millionen DM Spenden zur Linderung der Not und zur Unterstützung des Strebens nach Unabhängigkeit. Damit ermöglichten und ermöglichen sie seit über zehn Jahren umfangreiche und dringend benötigte Hilfe.

Der Frieden in Vietnam erfüllt die Freunde des vietnamesi-

schen Volkes in der Bundesrepublik Deutschland mit Freude und Genugtuung. In konsequenter Fortführung der Solidarität mit Vietnam wollen sie sich bei der **Heilung der Wunden des Krieges** und beim **Wiederaufbau Vietnams** beteiligen und darüber hinaus nun auch neuen Aufgaben zuwenden.

Sie gründen deshalb die „Gesellschaft für die Freundschaft zwischen den Völkern der Bundesrepublik Deutschland (BRD) und der Sozialistischen Republik Vietnam (SRV)“.

Die Gesellschaft wird sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten einsetzen:

Für die Entwicklung und Intensivierung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Menschen beider Länder:

sie wird den Austausch von Delegationen für Informations- und Studienreisen fördern, um auf der Basis persönlicher Kontakte und Eindrücke gegenseitiges Verständnis zu entwickeln; sie wird sich um den Austausch und die Zusammenarbeit in Kunst und Kultur, auf den Gebieten der Wissenschaft und des Sports bemühen.

Für die Entwicklung und den Ausbau guter zwischenstaatlicher Beziehungen auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz.

Für eine der Wahrheit entsprechende Darstellung der Geschichte, der gesellschaftlichen Entwicklung und der kulturellen Leistungen Vietnams:

in Film und Fernsehen, in Lehrstoffen, Presseveröffentlichungen und Publikationen, um die bisher vorherrschenden falschen Vorstellungen und Vorurteile abzubauen.

Für die Weiterführung der materiellen Hilfe für Vietnam:

zur Beseitigung der Kriegsfolgen und für den Wiederaufbau des Landes. Durch Koordinierung von Projekten soll eine möglichst effektive Wiederaufbauhilfe gewährleistet werden.

Für den Ausbau der wissenschaftlich-technischen Hilfe:

mehr wissenschaftliche Literatur, Berichte über wissenschaftliche Forschung sowie wissenschaftliche Geräte müssen beschafft werden. Die bisher bestehenden Bemühungen auf diesem Gebiet müssen verstärkt und erweitert werden.

Der Austausch von Forschungsergebnissen gerade auch durch den gegenseitigen Besuch von Wissenschaftlern soll gefördert werden.

Für eine großzügige und schnelle Wiederaufbauhilfe durch die Bundesregierung.

Für die Unterstützung der z. Zt. in der Bundesrepublik lebenden vietnamesischen Studenten und Praktikanten,

die ihre Ausbildung umfassend beenden möchten, bevor sie in ihre Heimat zurückkehren.

Die „Gesellschaft für die Freundschaft zwischen den Völkern in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) und der Sozialistischen Republik Vietnam (SRV)“ wendet sich an alle sich ihrer Verantwortung bewußten Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, die ungeachtet aller weltanschaulichen Unterschiede bereit sind, die genannten Aufgaben zu unterstützen und aktiv in der Gesellschaft mitzuarbeiten.

(Quelle: Hektographiertes Manuskript, Düsseldorf, Dezember 1976)



Prof. E. Wulff, Vorsitzender der Freundschaftsgesellschaft

Interview mit Pol Pot

Die wirklichen Probleme des neuen Kambodscha



Wie in Vietnam und Laos so ist auch das kampucheanische Volk zum 1. Jahrestag der Proklamation des „Demokratischen Kampuchea“ nach der vollständigen Befreiung vom US-Imperialismus damit beschäftigt, sein Land aufzubauen und sozial-revolutionäre Veränderungen durchzuführen. Die Probleme, die dabei vorrangig zu lösen sind, erläutert Premierminister Pol Pot in einem Interview mit der Vietnamesischen Presse Agentur.

Auf der Basis der am 5. 1. 1976 in Kraft getretenen neuen Verfassung Kampuchreas (Auszüge siehe Kasten) soll zunächst die Souveränität des Landes gesichert und die Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern gewährleistet werden. Die Landwirtschaft soll — Pol Pot zufolge — bei diesem Prozeß die tragende Rolle spielen.

FRAGE: Könnten Sie uns einen Eindruck vermitteln über die Gesamtsituation im Demokratischen Kampuchea seit der völligen Befreiung Ihres Landes und über Ihre Einschätzung der Lage?

POL POT: Wie Sie wissen, hatten wir nach der Befreiung viele große Probleme in Kampuchea. Zuerst das Problem, die revolutionären Errungenschaften abzusichern, die Sicherheit im ganzen Land zu wahren und — was die Landesverteidigung betrifft — die US-Imperialisten und ihre Lakaien daran zu hindern, die Macht zurückzugewinnen und die revolutionären Errungenschaften zu untergraben.

Zweitens mußten wir dringende Schritte unternehmen, um das Volk mit dem Nötigsten zu versorgen. Das sind zwei Nachkriegsprobleme, die wir unter Aufbietung aller Kräfte zu lösen versuchen müssen.

Was das erste Problem anbetrifft, so arbeiteten die US-Imperialisten und ihre Gefolgsmänner einen Plan aus, Gegenmaßnahmen jeder möglichen Art gegen die kampucheanische Revolution nach der völligen Befreiung von Kampuchea zu treffen. Wir sind in den Besitz von Dokumenten gelangt, die beweisen, daß sie planten, die Revolution gelingen zu lassen und sich dann sechs Monate später ihrer zu bemächtigen.

Die Machenschaften der USA

Sie planten, Phnom Penh und andere Orte mit Militärgewalt anzugreifen, unsere Wirtschafts- und Nahrungsmittelversorgung zu sabotieren, um dem Volk Schwierigkeiten zu bereiten und es dazu aufzuwiegeln, sich gegen die Revolution zu erheben. Aber all diese Absichten und Pläne der US-Imperialisten und ihrer Gefolgsmänner schlugen wiederholt fehl. Bislang sind wir fähig gewesen, die revolutionären Errungenschaften zu wahren und die öffentliche Ordnung und Sicherheit im ganzen Land aufrechtzuerhalten.

Bislang hat es keine ernsthaften Sicherheitsprobleme gegeben und die Lage im ganzen Land bleibt weiter sehr ruhig. Das wiederum ist ein weiterer Rückschlag für die US-Imperialisten und ihre Diener. Mit anderen Worten, ihre Entwürfe und Pläne, unsere Revolution und unser Land zu sabotieren, wurden Schritt für Schritt zurückgewiesen und sind nun völlig gescheitert. Unserer Ansicht nach ist die Möglichkeit der US-Imperialisten und ihrer Lakaien, zurückzukommen, die Macht wieder zu erlangen und unsere revolutionären

Errungenschaften zu zerstören, nun viel geringer geworden. Nichtsdestoweniger müssen wir unsere ausgeprägte revolutionäre Wachsamkeit beibehalten.

Eine komplizierte wirtschaftliche Ausgangsposition

Das zweite Problem ist, den Lebensstandard des Volkes nach der Befreiung zu sichern. Während der fünf Kriegsjahre wurde unsere nationale Wirtschaft weitestgehend zerstört. Die Produktionsmittel, besonders die landwirtschaftlichen Geräte und Zugtiere, waren in hohem Maße vernichtet; ebenso unsere Fabriken. Diese Lage stellte ernsthafte Probleme. Es war eine sehr schwierige Nachkriegssituation. Darüber hinaus mußten wir uns um Millionen von Menschen kümmern, die Phnom Penh und andere gerade befreite Städte verließen, um aufs Land zu ziehen. Wir mußten dieses Problem auf jeden Fall lösen, und wir haben es gelöst. Die Trockenzeit ging dem Ende zu und die Regenzeit des

Jahres 1975 begann gerade, als wir die völlige Befreiung unseres Landes erreichten. Wir mußten zahlreiche Hindernisse überwinden, um die landwirtschaftliche Produktion zu organisieren, vor allem um die Bebauung der Terrassenfelder rechtzeitig zu Ende zu bringen. Die Landarbeit in Kampuchea konnte bis Ende Mai/Anfang Juni 1975 angesichts der Knappheit auf vielen Gebieten, vor allem an landwirtschaftlichen Geräten, nicht beginnen; doch dank dem Einsatz des Volkes und der revolutionären Armee, dem Willen, alle Schwierigkeiten zu überwinden, hatten wir dieses Problem gegen Ende 1975 gelöst. Als die Erntezeit kam, erhielten wir die notwendige Menge an Nahrungsmitteln, die – obwohl nicht allzu reichlich vorhanden – so doch günstige Bedingungen für uns schufen, mit der Planung für 1976 zu beginnen. 1976 verbesserte sich die Lage. Wir machten besondere Anstrengungen, um genug Nahrungsmittel für das Volk zu produzieren. So weit wir sehen können, haben wir dieses Jahr glänzende Aussichten vor uns. Im Hinblick auf die Lebensbedingungen des Volkes und die

Verfassung des Demokratischen Kampuchea

KAPITEL I – Die Staatsform

Artikel 1

Der Staat Kampuchea ist ein unabhängiger, vereinter, friedlicher, neutraler, blockfreier, souveräner und demokratischer Staat mit territorialer Integrität.

Der Staat Kampuchea ist der Staat der Arbeiter, Bauern und der anderen Werktätigen Kampucheas.

Der Staat Kampuchea trägt die offizielle Bezeichnung „**Demokratisches Kampuchea**“.

KAPITEL II – Das Wirtschaftssystem

Artikel 2

Alle wichtigen Produktionsmittel sind kollektives Eigentum des Volksstaates und das kollektive Eigentum der Volksgemeinschaften.

Die Güter des täglichen Bedarfs bleiben persönliches Eigentum des Einzelnen. (. . .)

KAPITEL V – Die Gesetzgebende Gewalt

Artikel 5

Die gesetzgebende Gewalt wird von der Versammlung der Vertreter der Arbeiter, Bauern und der anderen Werktätigen ausgeübt.

Diese Versammlung trägt die offizielle Bezeichnung „**Versammlung der Vertreter des Volkes von Kampuchea**“.

Diese Versammlung der Vertreter des Volkes von Kampuchea umfaßt insgesamt 250 Mitglieder, die die Arbeiter, Bauern, die anderen Werktätigen und die revolutionäre Armee Kampucheas vertreten und folgendermaßen aufgeteilt sind:

- Vertreter der Bauern: 150
- Vertreter der Arbeiter und der anderen Werktätigen: 50
- Vertreter der revolutionären Armee: 50

Artikel 6

Die Mitglieder der Versammlung der Vertreter des Volkes von Kampuchea werden alle 5 Jahre vom Volk in allgemeinen Wahlen durch direkte und geheime Abstimmung gewählt.

Artikel 7

Die Versammlung der Vertreter des Volkes von Kampuchea stimmt über die Gesetze ab und legt die Richtlinien für die Innen- und Außenpolitik des Demokratischen Kampuchea fest. (. . .)



KAPITEL VIII – Das Staatspräsidium

Artikel 11

Das Demokratische Kampuchea hat ein Staatspräsidium, das von der Versammlung der Vertreter des Volkes von Kampuchea alle 5 Jahre gewählt und ernannt wird.

Das Staatspräsidium hat die Aufgabe, den Staat des Demokratischen Kampuchea innerhalb und außerhalb des Landes im Rahmen der Verfassung des Demokratischen Kampuchea und entsprechend den Gesetzen und den von der Versammlung der Vertreter des Volkes von Kampuchea festgelegten politischen Richtlinien zu vertreten.

Das Staatspräsidium setzt sich zusammen aus:

- einem Vorsitzenden
- einem 1. Vize-Vorsitzenden
- einem 2. Vize-Vorsitzenden (. . .)

KAPITEL IX – Rechte und Pflichten jedes Bürgers

Artikel 12

Jeder Bürger von Kampuchea genießt das volle Recht auf das materielle, moralische und kulturelle Leben, dessen Bedingungen sich ständig verbessern.

Für jeden Bürger Kampucheas ist der Lebensunterhalt voll und ganz sichergestellt.

Jeder Arbeiter ist Herr der Fabrik.

Jeder Bauer ist Herr der Reisfelder und Äcker.

Alle anderen Werktätigen haben das Recht auf Arbeit.

Im Demokratischen Kampuchea gibt es grundsätzlich keine Arbeitslosigkeit. (. . .)

(Quelle: Ein Jahr Demokratisches Kampuchea, Hrsg. Botschaft des Demokratischen Kampuchea, Berlin 1976, S. 14–17)

Nahrungs-, Wohnungs- und die landwirtschaftliche Anbaufrage hat sich die Lage verglichen mit 1975 verbessert. Aber wir müssen uns noch stärker darum bemühen, den Bedürfnissen des Volkes gerecht zu werden.

FRAGE: Könnten Sie uns bitte über die Leistungen berichten, die das kampucheanische Volk auf verschiedenen Gebieten seit der Befreiung vollbracht hat. Worauf werden Sie Ihre zukünftigen Anstrengungen richten und was sind ihre Aussichten?

POL POT: Wir haben auf allen Gebieten Fortschritte gemacht, aber diese sind nur erste und allmähliche Schritte. Bislang haben wir keine großartigen Heldentaten vollbracht. Das erste Ergebnis, das auch für uns von vorrangigem Interesse ist, ist eine breite Massenbewegung, die nach vielen Jahren der Kriegsverwüstung für die Wiederherstellung der Wirtschaft, für die Reorganisation und den allmählichen Wiederaufbau des Landes arbeitet. Was die materiellen Errungenschaften wie Fabriken, Getreideertrag, kulturelle Aktivitäten usw. anbetrifft, so sind unsere Leistungen begrenzt gewesen, aber wir sind sehr erfreut über die Entwicklung der revolutionären Massenbewegung. Unserer Meinung nach wird es ausgezeichnete Aussichten für die Wiederherstellung der Wirtschaft und einen kontinuierlichen nationalen Aufbau geben, wenn wir diese rege Massenbewegung festigen können. Als Revolutionäre glauben wir fest an die revolutionäre Kraft des Volkes.

In folgenden Bereichen haben wir praktische Fortschritte gemacht:

Nahrungsmittelselbstversorgung und Kautschuk

Unter den spezifischen Bedingungen unseres Landes betrachten wir die **Landwirtschaft** als die Grundlage unserer Wirtschaft und innerhalb des Agrarsektors widmen wir die vorrangige Aufmerksamkeit dem Problem der Nahrungsmittelversorgung unseres Volkes, wozu der Anbau von Reis, Mais und anderen Früchten gehört. Von dieser Einstellung ausgehend, haben wir begonnen, Wasserreis wie auch Bergreis mit der Zielsetzung anzupflanzen, die Lebensmittelversorgung des Volkes zu garantieren und auch um Reis gegen Rohmaterialien und andere Waren zu tauschen. Deshalb haben wir dem Reisanbau seit 1975 große Bedeutung beigemessen. Weil uns zur Zeit noch Maschinen fehlen, müssen wir Gräben und Kanäle zur Bewässerung graben. (. . .)

Was die Gummiproduktion betrifft, bemühen wir uns darum, die Pflanzungen wieder in Stand zu setzen und Gummi für den Export zu produzieren. Auf ausländischen Märkten kaufen die Leute nicht Rohkautschuk, sondern nur Kautschuk, der schon zu Kreppgummi verarbeitet ist. Uns fehlen noch gummiverarbeitende Fabriken. Wir haben die nötigen Arbeitskräfte, um Gummibäume zu pflanzen und die Kautschukmilch zu sammeln, aber wir benötigen Fabriken zur Kreppherstellung. Während der Kolonialzeit gab es sehr wenig Kreppfabriken. Flüssiger Kautschuk wurde exportiert, aber dafür waren komplizierte Transportarten zu Land und zur See nötig. Diese Technik beherrschen wir jedoch noch nicht. Deshalb müssen wir Kreppfabriken bauen. Bislang haben wir eine Reihe Fabriken wieder eingerichtet, und wir planen, 20 000 Tonnen Krepp in diesem Jahr zu exportieren. Das ist realisierbar, weil wir schon mehr als die Hälfte unseres Programms geschafft haben. Unsere Kreppfabriken verbinden behelfsmäßige und handwerkliche Produktionsmethoden. (. . .)

Wir kümmern uns im Bereich der **Kultur** besonders um die **Beseitigung des Analphabetentums**. Was die höhere Schulbildung und universitäre Ausbildung angeht, können wir bislang noch nicht viel tun, weil unsere Hauptsorge zur Zeit ist, daß innerhalb von 2 oder 3 Jahren unser gesamtes Volk

garantiert lesen, schreiben und rechnen kann. Obwohl das alte Regime in der Vergangenheit viele Hochschulen und Universitäten baute, blieben die Landbewohner Analphabeten.

Deshalb halten wir die Aufhebung des Analphabetentums für die wichtigste Aufgabe. Heute gehen in unserem Land Kinder zur Schule, Erwachsene gehen zur Schule und auch alte Menschen gehen zur Schule, sie lernen ständig, Tag und Nacht und auch zwischen den Arbeitsstunden.

Kulturelle Arbeit und medizinische Versorgung

Wir haben auch den Fachschulen unsere Aufmerksamkeit geschenkt. In Phnom Penh wie auch in anderen Bezirken, Gebieten und Provinzen haben wir Fachschulen gebaut, um eine hohe Anzahl von Technikern auszubilden. Unter Technik verstehen wir angewandte Technik. Wir bauen Lehrwerkstätten für jeden Zweig, in dem Schüler lernen, die gleichzeitig praktische Arbeit verrichten. So erlernt man bei uns Fertigkeiten. Wir können nicht warten, bis die Schüler ihre allgemeine Ausbildung beendet haben, bevor wir sie auf technische Schulen schicken, weil das nicht den praktischen Voraussetzungen unseres Landes entspricht. Das ist so, weil – allgemein ausgedrückt – die Mehrheit unseres Volkes, unsere Arbeiter und Bauern, noch eine geringe kulturelle Bildung besitzt. Insbesondere die Mehrzahl unserer Bauern sind Analphabeten. Deshalb glauben wir, daß das Erlernen von Fertigkeiten und die Verbesserung des allgemeinen kulturellen Niveaus in der Verbindung von Theorie und Praxis helfen kann, die Bewegung Schritt für Schritt voranzutreiben.

Unsere Hauptsorge im Bereich des **Gesundheitswesens** gilt der Malariabeseitigung. So weit wir wissen, wurden in der Vergangenheit 80 % unserer Arbeitskräfte von **Malaria** befallen. Während der geschäftigsten Tage der Landarbeit, besonders während der Ernte, wenn der Wind stark wehte, bekamen die Leute häufig Schüttelfrost und konnten kaum arbeiten. Wir haben mehr Krankenhäuser und Apotheken gebaut und eine ansehnliche Zahl von Krankenhelfern während und nach dem Krieg ausgebildet. Dennoch ist ihr Ausbildungsstand generell noch niedrig. Zur Zeit haben schon all unsere kooperativen Farmen ihre eigenen Apotheken, aber die medizinischen Kenntnisse sind noch gering und die medizinischen Vorräte sind noch nicht ausreichend.

Wir haben eine Menge traditioneller Medikamente hergestellt, aber ihr Wirkungsgrad ist noch nicht entsprechend. Wir werden weiter die Qualität unserer Heilmittel nach wissenschaftlichen Normen anheben. Wir können noch keine großen Mengen Medizin importieren. Doch wir haben auf sozialem und medizinischem Feld verglichen mit der Vorkriegsperiode und dem Jahr 1975 einige Fortschritte gemacht.

Kampfsolidarität mit Vietnam

FRAGE: Wie werten Sie die Bruderschaft, Freundschaft und militärische Solidarität zwischen den Völkern von Kampuchea und Vietnam?

POL POT: Wir halten die Freundschaft und Solidarität zwischen der kampucheanischen Revolution und der vietnamesischen Revolution, zwischen Kampuchea und Vietnam sowohl für eine strategische Frage als auch für ein heiliges Empfinden. Nur wenn diese Freundschaft und Solidarität stark ist, kann die Revolution in unseren zwei Ländern zufriedenstellend verlaufen. Es gibt keine Alternative. Von diesen Prinzipien ausgehend, meinen wir, daß beide Seiten danach streben müssen, diese Kampfsolidarität und die Waffenbruderschaft zu stärken und sie mit jedem Tag weiter voranzutreiben.

(Quelle: Vietnam Courier, Hanoi, Nr. 52/1976, S. 5–7)

Auf Beschluß des X. Kongresses der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen (IADL) vom Frühjahr 1975 hatte sich eine erste internationale Konferenz zur Unterstützung des koreanischen Volkes im Oktober 1975 in Damaskus zusammengefunden. Repräsentanten von Juristenvereinigungen, von Gewerkschaften, Friedens- und Befreiungsbewegungen aus 39 Ländern verabschiedeten dort eine Deklaration, in der sie die Atomkriegsdrohungen der USA gegen Nordkorea zurückwiesen, den Abzug der US-Besatzungstruppen aus Südkorea forderten und eine friedliche, unabhängige Wiedervereinigung Koreas befürworteten. Einen Appell an die Vereinten Nationen, hierfür aktiv zu werden, verband man mit dem Vorhaben der baldigen Konstituierung eines Unterstützungskomitees.

Am 8. Oktober 1976 fand in Paris die Gründung eines „Internationalen Juristenkomitees für Demokratie und Menschenrechte in Südkorea“ unter Anwesenheit von Juristen aus fünf Kontinenten — darunter für die Vereinigung Demokratischer Juristen der Bundesrepublik Rechtsanwalt Dietz von Meyerinck — und unter Vorsitz von Joe Nordmann (Frankreich, Präsident der IADL) und Doris Brin Walker (USA, Vizepräsidentin der IADL) statt. Die Teilnehmer der Pariser Konferenz wählten Jean Salmon (Belgien) zum Präsidenten, Doris Brin Walker, Derek Roebuck (Australien) und Amar Bentoumi (Algerien) zu Vizepräsidenten des Juristenkomitees. Sie verabschiedeten eine — im vollen Wortlaut dokumentierte — Erklärung, in der die flagranten Menschenrechtsverletzungen wie die Teilungspolitik des südkoreanischen Pak-Regimes und der USA aufgewiesen und verurteilt werden.

Erklärung der Pariser Juristenkonferenz Für Demokratie und Menschenrechte in Südkorea

Das „Internationale Juristenkomitee für Demokratie und Menschenrechte in Südkorea“ ist für ausnahmslos alle Juristen offen. Es schlägt vor, alle Beweise, Informationen und Dokumente die Menschenrechte in Südkorea betreffend zu sammeln in der Absicht, Dossiers über die dortige Situation zu erstellen. Es beabsichtigt, eine Untersuchungskommission nach Südkorea zu entsenden, um am Ort die Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu untersuchen. Die Ergebnisse dieser verschiedenen Erkundigungen sollen veröffentlicht und Schlußfolgerungen in der bindendsten Art gezogen werden.

Mehr als jemals zuvor finden empörende Verletzungen der Menschenrechte in Südkorea statt (z. B. der Prozeß des früheren Präsidenten der Republik im August 1976¹, das eine Zone der Spannung geworden ist, die die Aufrechterhaltung des Friedens nicht nur Asiens, sondern der ganzen Welt bedroht (das zeigte z. B. der Panmunjom-Zwischenfall im August 1976²).

Diese Bedrohungen des Friedens sind das Ergebnis:

- 1) der systematischen Verletzung der Menschenrechte in Südkorea;
- 2) der durch die ausländische Einmischung hervorgerufenen Aufrechterhaltung der Teilung der koreanischen Nation und der Mißachtung des Rechtes eines Volkes auf Selbstbestimmung.

Zahlreiche Juristenorganisationen (Internationale Vereinigung Demokratischer Juristen — IADL, Amnesty International, Internationale Juristenkommission etc.), Geistliche und politische Persönlichkeiten aus verschiedenen Ländern einschließlich den USA haben öffentlich angeklagt:

1. den ausschließlich repressiven Charakter des Rechtssystems in Südkorea;
2. den willkürlichen und kriminellen Charakter der Methoden, die von der Polizei und den Gerichten angewandt werden.

Diese Situation ist das Ergebnis des Umstandes, daß das südkoreanische Volk seines Rechtes auf Selbstbestimmung beraubt ist, was insbesondere auf die Aufrechterhaltung der nordamerikanischen Besatzung und Vorherrschaft zurückzuführen ist.



Verhaltung eines Priesters in Seoul

I. Der ausschließlich repressive Charakter des Rechtssystems in Südkorea

Das vom Pak Chung Hi-Regime eingeführte Gesetzbuch garantiert in keiner Art und Weise die Existenz individueller und kollektiver Freiheiten und fördert die schwersten Verletzungen der Menschenrechte. Alleiniger Zweck des Gesetzbuches ist es, mit allen Mitteln das Regime aufrechtzuerhalten, das aus dem Militärputsch vom 16. Mai 1961 hervorging.

Folgende Gesetze seien als Beispiele angeführt:

• das „Staatsicherheits“-Gesetz:

Kraft dieses Gesetzes wird die Zugehörigkeit zu jeder Organisation, die in irgendeiner Weise gegen das Regime opponiert, als ein „Verbrechen der Rebellion gegen den Staat“ qualifiziert.

• das „Antikommunismus“-Gesetz:

Urteile, die von 7 Jahren Zwangsarbeit bis zur Todesstrafe reichen, werden verhängt gegen diejenigen, die irgendeine Verbindung — welcher Art auch immer — mit progressiven Parteien und Organisationen haben; der bloße Kontakt mit

Verwandten oder Freunden von Mitgliedern dieser Parteien oder Organisationen genügt, um in ein 7-Jahresurteil zu münden. Jeder Akt oder jedes Eintreten im Sinne der Wiedervereinigung Koreas wird als „kommunistische“ Aktivität betrachtet.

● **das Gesetz für „Soziale Sicherheit“:**

Jeder wegen der Verletzung des „Antikommunismus“-Gesetzes und des „Staatssicherheits“-Gesetzes verurteilte Bürger wird qualifiziert als ein „potentiell Rückfälliger“. Konsequenterweise können sie mit Hausarrest belegt oder von der Verwaltung in Konzentrationslagern zurückgehalten werden.

● **das „Bürgerschutz“-Gesetz:**

Jeder Bürger zwischen 17 und 50 Jahren ist der Mobilisierung in einer Miliz („Bürgerschutz-Korps“) ohne Beschränkung und unter allen Umständen unterworfen, um irgendwelche Elemente, die als umstürzlerisch beurteilt werden, zu „neutralisieren“ und die Bevölkerung gegen ihren Willen mit Repressionsaufgaben zu beschäftigen.

● **die „Notstandsmaßnahme Nr. 9“:**

Diese Maßnahme stellt unter Verbot jedes „falsche Gerücht“, jede Kritik oder jeden Vorschlag betreffend die Revision der „Neuen Verfassung“; sie untersagt die Freiheit, das Land zu verlassen; sie verbietet jeden Akt „politischer Natur“ seitens der Studenten; sie unterwirft alle Demonstrationen, Versammlungen und Petitionen der Bestrafung.

II. Polizei- und Justizpraktiken in Südkorea

Der gesamte Polizei- und Justizapparat wird gänzlich für den Schutz des Pak Chung Hi-Regimes aufgebaut. Die **Anzahl der politischen Prozesse** ist extrem hoch: im Jahr 1965 z. B. erstreckte sich die Repression auf mehr als 853 000 Personen (bei einer Bevölkerung von 30 Millionen). Während der letzten Jahre wurde die Summe der Verurteilungen für die verschiedensten Motive auf 1 Million pro Jahr geschätzt, das bedeutet nahezu einen politischen Urteilsspruch auf 30 Einwohner! Die Repression trifft alle sozialen Schichten: Arbeiter und Bauern ebenso wie Intellektuelle (vor allem Studenten, Professoren, Journalisten und Künstler). Beispielsweise wurden im April 1974 4 000 junge Studenten verhaftet und 253 von ihnen von Militärgerichten zum Tode oder zu lebenslänglicher Haft verurteilt.

Ebenso wurden viele Repräsentanten der verschiedenen Konfessionen belangt. Exemplarisch seien die folgenden Fälle angeführt: Pak Hyung Kun, protestantischer Geistlicher; Kwenn Ho Kyong, presbyterianischer Prediger; Kim Kwan Semp und Djo Sun Kyan von der Vereinigung Christlicher Kirchen in Hankouk; Son Kyong San, Führer der DJO Buddhisten-Sekte; und der Bischof Dji Hak Sun wurde nach seiner Rückkehr von einer Internationalen Episkopal-Konferenz der katholischen Kirche verhaftet und zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt.

Ihre Verteidiger wurden in der Folgezeit Opfer von rigoroser Repression, weil sie offen bestimmte Argumente in ihrem Plädoyer angeführt hatten.

Einer der letzten und bedeutendsten Fälle ist jener der Autoren des „**Manifestes für die Demokratisch-Nationale Rettung**“ (veröffentlicht am 1. März 1976). Dieser Aufruf, der im besonderen unterzeichnet wurde von Kim Dae Jung, Führer der Opposition und ehemaliger Präsidentschaftskandidat für die Republik im Jahre 1971, Yun Po Sun, früherer Präsident der Republik, Jeng Il Yung, früherer Außenminister und Abgeordneter, enthält lediglich die elementarsten Forderungen jeder klassischen Demokratie: die Abschaffung der Notstandsgesetze und -verordnungen; Amnestie für alle politischen Gefangenen; Rede- und Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit; die Schaffung einer repräsentativen Regierung mit einem Parlament, das eine wirksame Rolle spielt; Unabhängigkeit (besonders in Anbetracht der ökonomischen



Pak Chung Hi bei der Abnahme einer Militärparade

Macht Japans).

Diese von den westlichen Verbündeten Südkoreas wiederholt geltend gemachten Prinzipien wurden nichtsdestoweniger mißachtet; ihren aufrichtigen Verfechtern wurden die Bürgerrechte aberkannt und sie wurden am 28. August 1976 verurteilt zu acht Jahren Gefängnis.

Diese massive und brutale Unterdrückung wird durchgesetzt von einer **Polizeimacht, die 4 500 000 Mann umfaßt**; in anderen Worten, ein Polizist oder Hilfsagent kommt auf sieben oder acht Einwohner. Der Angelpunkt dieser Polizeigewalt ist die „**Zentrale Informations-Agentur von Südkorea (KCIA)**, zusammengesetzt aus **15 000 Mitgliedern, verstärkt durch 100 000 Agenten und Spione**.

Dieser südkoreanische CIA, der nach dem Beispiel des amerikanischen Geheimdienstes CIA aufgebaut ist, bildet die „unsichtbare Regierung“ Südkoreas.

Die **Armee von insgesamt 700 000 Mann** nimmt ebenso direkt an der inneren Repression teil wie die sehr zahlreichen parapolizeilichen und paramilitärischen Organisationen („Mobile Einsatzpatrouille“, „Ermittlungs- und Erkundungseinheiten“, „Küstenschutzpolizei“ usw.). Ein System der Ermittlung und Zivilkontrolle wurde eingerichtet: fünf Zentren formen eine „Gruppe“, in der jedes Element ein anderes überwacht.

Die angewandten Methoden sind völlig willkürlich. Z. B. ging der südkoreanische Geheimdienst mehrere Male soweit, koreanische Bürger auf ausländischem Territorium zu **kidnappen**, vor allem in der Bundesrepublik Deutschland und in Japan, womit er offen die Souveränität und das inländische Recht dieser Staaten verletzte.

Folter ist ebenso eine gängige Praxis, wie im Bericht von Amnesty International von 1975/76 festgestellt wurde (veröffentlicht von AIP, S. 138–140).

Folgende Beispiele sind darin angeführt: der Gebrauch von **weißglühenden Lampen**, die unerträgliche Hitze und Licht auf den Gefangenen werfen (sie wurden angewandt bei Professor Tchoe Jong Kil von der juristischen Fakultät von Seoul); der Gebrauch der Folter, die als die **Küche des Genghis Khan** bekannt ist (Aufhängen an den Füßen über ein brennendes Feuer); die Foltermethode der **Benutzung von Vipern** (Inhaftierung unter blinkendem Licht in einer von Schlangen wimmelnden Zelle), usw.

Alle Einrichtungen dieses Gerichtssystems und seine abstoßenden Praktiken stellen flagrante Verletzungen der ele-



Von US-Besatzungstruppen im Grenzabschnitt Panmunjom im August 1976 provoziertes Zwischenfall

mentarsten Bedingungen der Menschenrechte dar, sogar im Vergleich zu den niedrigsten menschlichen Ansprüchen (dem Recht zu leben, nicht gefoltert zu werden, usw.), und enthüllen den zutiefst antidemokratischen und diktatorischen Charakter des Pak Chung Hi-Regimes.

Diese kriminellen Akte belegen sowohl durch ihre Schwere als auch in ihrem Ausmaß die persönliche Verantwortlichkeit von Pak Chung Hi und seinen Komplizen.

III. Die Vorenthaltung des Rechts des südkoreanischen Volkes auf Selbstbestimmung – eine Folge der Aufrechterhaltung fremder Besetzung und Vorherrschaft hauptsächlich der USA

Der ausschließlich repressive Charakter des gerichtlichen Systems in Südkorea und die kriminellen Praktiken seines diktatorischen Apparats fußen auf der Verneinung des Rechts des südkoreanischen Volkes auf Selbstbestimmung.

Nach 1945 resultierte sowohl die **Teilung des Landes** in zwei militärische Zonen als auch die **Errichtung des diktatorischen Regimes** von Syng Man Rhee im Süden durch die amerikanische Besatzungsmacht aus der Verletzung der fundamentalen nationalen Rechte des koreanischen Volkes.

Was die Machtübernahme durch Pak Chung Hi im Jahre 1961 betrifft, so erklärte John Allen Dulles, der damalige Direktor der CIA: „Der Staatsstreich vom 16. Mai war der größte Erfolg, den der CIA im Ausland je hatte, seit ich im Amt bin.“

Die Unterstützung, die die USA den aufeinanderfolgenden diktatorischen Regimes im Süden gewährten, bestand hauptsächlich in der Rückenstärkung durch die **permanente Präsenz einer amerikanischen Besatzungstruppe** von mehr als 40 000 Mann und in der **wachsenden Militarisierung des faschistischen Pak Chung Hi-Regimes** durch die Vereinigten Staaten.

Diese militärische Kontrolle wird gestärkt durch die neokolonialistische Beschlagnahme der Wirtschaft in Kollaboration mit den Japanern.

Angesichts des wachsenden Druckes, der von breiteren und repräsentativeren Schichten der öffentlichen Meinung zugunsten der Wiedervereinigung ausgeübt wurde, war das Pak Chung Hi-Regime gezwungen, die **Vorschläge für die friedliche Wiedervereinigung** ohne fremde Einmischung, die von der Demokratischen Volksrepublik formuliert worden waren,

zu akzeptieren und die Gemeinsame Erklärung des Nordens und des Südens vom 4. Juli 1972 zu unterzeichnen. Die UN-Vollversammlung gab ihre einmütige Billigung zu der Erklärung in ihrer Resolution vom 29. November 1973 während ihrer XXVIII. Sitzungsperiode³.

Konfrontiert mit dem Enthusiasmus, der im Süden durch diese gemeinsame Erklärung ausgelöst wurde, und mit den Hoffnungen auf Wiedervereinigung, Wiederherstellung der Demokratie und Aufhebung der fremden Besetzung, die darin enthalten waren, fühlte sich das südkoreanische Regime bedroht und verstärkte seine Repression unter Einschluß der verschiedensten nationalen Elemente: von Mitgliedern der herrschenden Klasse, Universitätsangehörigen, Studenten, Intellektuellen, Klerikern usw.

Die Niederlage in Indochina führte die USA dazu, ihre Streitkräfte in Asien neu zu gruppieren und **Südkorea** – „Vorgeschobene Verteidigungszone“ im fernen Osten – **in einen strategischen Schlüsselstützpunkt umzuwandeln**: es verstärkte seine Streitkräfte in Südkorea, führte neue Waffen einschließlich Atomwaffen ein und unternahm die Modernisierung der südkoreanischen Armee.

Eine derartige Konzentration militärischer Streitkräfte, hauptsächlich nahe der Demarkationslinie, ist der Grund für die zahlreichen Zwischenfälle wie jene, welche im August 1976 in Panmunjom stattfanden. Diese Zwischenfälle wurden benutzt als Vorwand für verstärkte Repression und nord-amerikanische Präsenz im Süden. Dies stellt unleugbar eine Bedrohung des Friedens dar.

Ihrer Strategie folgend, die Teilung des Landes aufrechtzuerhalten, schlugen die USA die Aufnahme der zwei Koreas in die Vereinten Nationen vor. Solch ein Manöver erscheint als schamlose Verletzung des Rechts eines Volkes auf Einheit und freie Selbstbestimmung.

Auf der Basis dieser Betrachtungen gelangen wir zu der Auffassung, **daß die vielfachen und systematischen Verletzungen der Menschenrechte durch das südkoreanische Regime verurteilt werden müssen, daß der verbrecherische Charakter dieses Regimes angeklagt werden muß**. Nach unserer Überzeugung ist der Diktator Pak Chung Hi mit seinen Komplizen persönlich verantwortlich für diese Verbrechen. Unter Berücksichtigung dessen, daß die US-Regierung in erster Linie verantwortlich ist für die Existenz und Aufrechterhaltung des südkoreanischen Regimes und für die Mißachtung der Souveränität von Korea und seines Rechts auf Selbstbestimmung, ist es angebracht, wiederholt geltend zu machen, daß die unabhängige und friedliche Wiedervereinigung von Korea das einzige Mittel darstellt, **die Gefahren eines Krieges nicht nur für Asien, sondern für die ganze Welt zu beseitigen**; um fundamentale nationale Rechte wiederherzustellen und der kriminellen Verletzung der Menschenrechte ein Ende zu setzen.

Diese Wiedervereinigung muß vorgenommen werden in Übereinstimmung mit den „3 Prinzipien“, die in der Gemeinsamen Erklärung des Nordens und Südens vom 4. Juli 1972 formuliert wurden, mit dem „5-Punkte-Vorschlag“ von Präsident Kim Il Sung vom 23. Juni 1973 und mit der Resolution Nr. 3390 B (XXX) der UN-Generalversammlung, die am 18. November 1976 verabschiedet wurde.

(Quelle: Informationsblatt der Association Internationale des Juristes Démocrates, Brüssel, Oktober 1976)

Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Gemeint ist Yun Po Sun (79), vor 1963 als Paks Vorgänger Staatsoberhaupt. Yun Po Sun wurde gemeinsam mit Kim Dae Jung (51), dem Präsidentschaftsgegenkandidaten Parks von 1971, im Sommer 1976 zu acht Jahren Gefängnis verurteilt. Vgl. Der Spiegel, 25. 10. 1976
- 2) Siehe Kommentar „Zuspitzung des Korea-Konfliktes“, in: Antimperialistisches Informationsbulletin (AIB), Nr. 9/1976
- 3) Siehe hierzu Korea-Serie (4. Teil), in AIB, Nr. 7–8/1976

In AIB, Nr. 11—12/1976 veröffentlichten wir mit der Politischen Deklaration der Unidad Popular (UP) von Oaxtepec und dem Belgrader Kommuniqué der UP sowie mit der New Yorker Erklärung chilenischer Christen drei bedeutsame Dokumente, die sowohl den gegenwärtigen Stand des Vereinheitlichungsprozesses des chilenischen Volkswiderstandes gegen die faschistische Diktatur als auch die Einbeziehung neuer politischer Kreise in die aktive Opposition aufweisen.

In dem nachstehenden Interview mit dem Vizepräsidenten der Regierung Allende und amtierenden UP-Exekutivsekretär Clodomiro Almeyda nimmt der führende Repräsentant des chilenischen Widerstandes erstmals detailliert zu den Lehren aus der Periode der UP-Regierung und zu Differenzen unter den chilenischen Linksparteien Stellung, die der politischen und organisatorischen Einheit der UP bisher im Wege standen. Das Interview vermittelt überdies einen tieferen Einblick in den Stand des Differenzierungsprozesses, in der chilenischen Christdemokratie und wertet die Chancen für die Zustandekommen einer antifaschistischen Einheitsfront in Chile.

Interview mit Clodomiro Almeyda Lehren für eine antifaschistische Zukunft

(...) FRAGE: Trotz der Repression, deren bekannter Grausamkeit die chilenischen Demokraten seit nunmehr drei Jahren ausgesetzt sind, und trotz der im Ausland geführten offenen Jagd auf die ehemaligen Mitarbeiter Allendes, versuchen Sie unermüdlich, die Unidad Popular (UP) zu rekonstituieren. An welchem Punkt sind Sie dabei angelangt?

C. ALMEYDA: Wir haben uns im Juni 1975 in Berlin getroffen. Es wurde eine Grundsatzvereinbarung verabschiedet, eine politische Vereinbarung, der eine Erklärung folgte, die die Bildung eines Sekretariats zur Zusammenarbeit ankündigte. Wir haben im November 1975 in London eine zweite Sitzung abgehalten. Sie war nicht sehr ergebnisreich. Das dritte Treffen fand 1976 in Mexiko statt. Dort wurde ein Exekutivsekretariat gebildet und man hat mich zum Verantwortlichen der UP im Ausland ernannt.

Belgrad: eine neue Etappe für die Unidad Popular

Schließlich haben wir uns vor kurzem wieder in **Belgrad** getroffen, vom 25. bis zum 28. September 1976. Offen gesagt, hat diese letzte Sitzung eine neue Etappe in allen Bereichen eingeleitet. Nicht nur aufgrund des **Vier-Punkte-Aktionsprogramms**, das wir veröffentlicht haben, sondern auch weil wir begonnen haben, an seiner Umsetzung zu arbeiten.

Die Hauptpunkte dieses Dokuments sind folgende: 1. Verteidigung der Menschenrechte, Schutz des Lebens der Verschwundenen und Freiheit für die politischen Gefangenen; 2. Auflösung der DINA (der chilenischen politischen Polizei); 3. Verteidigung des kulturellen Erbes, das durch die faschistische Diktatur schwer angegriffen ist; 4. Kampf gegen das Elend, die Arbeitslosigkeit und die Ausbeutung des Landes durch die nationalen und ausländischen Monopole.

FRAGE: Wie war die Atmosphäre bei diesem Treffen?

C. ALMEYDA: Zum erstenmal seit dem Putsch haben wir zusammen auf der Grundlage eines politischen Konsensus gearbeitet. Es war sehr interessant, sehr brüderlich. Die bösen Verdachte der einen oder anderen haben sich verflüchtigt. Wir sind aus diesem Treffen fast optimistisch herausgegangen, wohingegen wir in Mexiko das Empfinden hatten, nicht

das getan zu haben, was zu tun war. Ich möchte es fast als ein Empfinden bezeichnen, schlecht gehandelt zu haben. Dort in Belgrad hatten wir überhaupt keine Schwierigkeiten, uns mit den verschiedensten Problemen auseinanderzusetzen, mit Problemen, die uns allen gemein waren.

FRAGE: Welche Parteien waren in Belgrad anwesend?

C. ALMEYDA: Alle Parteien der Unidad Popular: die Sozialistische Partei, die Radikale Partei, die MAPU-Arbeiter und Bauern, die MAPU, die Kommunistische Partei und die Christliche Linke.

FRAGE: Wie sehen Ihre Beziehungen zu den führenden Vertretern der Christdemokratie aus, von der man zumindest sagen kann, daß sie die Machtübernahme Pinochets begünstigt hat?

C. ALMEYDA: In Chile muß im Moment innerhalb der Christdemokratischen Partei (PDC) die Frei-Richtung oder anders gesagt der rechte Flügel, der zwar eine oppositionelle Haltung einnimmt, es aber strikt ablehnt, sich der linken Opposition anzuschließen, sehr starke Positionseinbußen hin-



C. Almeyda auf den Nürnberger Verhandlungen

nehmen. Wir kennen den Frei-Flügel: seine Anhänger vertreten den Standpunkt, daß die PDC die einzige Alternative zur Junta sei. Sie behaupten, daß die Allianz mit den Linken ein Fehler sei, da dies die Militärmacht stärken und das Hineinwirken der PDC in die Mittelschichten erschweren würde. Dieser Flügel hatte noch bis vor einhalb Jahren die Mehrheit in der PDC.

Frei und der Druck der christdemokratischen Basis

Heute haben sich die Dinge geändert. Die Christdemokraten, die dafür sind, sich mit uns zu verbünden, nicht nur um die Junta zu stürzen, sondern auch um einen politischen Block auf der Basis eines Regierungsprogramms zu bilden, werden zusehends zahlreicher. Es scheint mit sogar bis zu dem Punkt zu gehen, daß Frei nicht mehr die Mehrheit der Partei vertritt und sich unter dem Druck der eigenen Basis gezwungen sieht, kämpferischere Positionen einzunehmen.

Ich werde Ihnen ein Beispiel geben. Letzten September verstarb ein sehr bekannter führender Vertreter der Christdemokratie. Er hieß Ricardo Valenzuela. Er war ein Mann der Linken, ein Parlamentarier, den wir alle sehr schätzten. Und Frei hat in seinem Nachruf eine sehr offene, sehr kämpferische Position bezogen. Stellen Sie sich vor: er ist sogar soweit gegangen, Metaphern von Allende zu übernehmen. Das war kein Zufall. Ich glaube, Frei suchte Bedingungen zu schaffen, die es ihm erlaubten, sich mit den Positionen der Masse zu identifizieren. Wie Sie sehen, so schlecht steht es nicht mit der Christdemokratie.

Eine andere symptomatische Tatsache: die PDC hat zum Vize-Präsidenten und zum Parteiverantwortlichen für das Ausland einen Ex-Minister unter Frei ernannt, der entlassen worden war, weil er die Unart gehabt hatte, die bürgerlichen und politischen Freiheiten zu verteidigen. Es handelt sich um Jaime Castillo. Er ist für seine die Einheit befürwortenden Positionen bekannt.

FRAGE: Kann man schon von einer **einheitlichen Front PDC – Unidad Popular** sprechen?

C. ALMEYDA: **Auf gewerkschaftlicher Ebene** sicherlich. Hier in Paris arbeiten wir im Rahmen der chilenischen Einheitsgewerkschaft CUT zusammen. Aber es gibt noch viel mehr, viel besseres zu tun. Wir müßten gemeinsame Aktionen im Ausland verwirklichen. Zum Beispiel sollten wir, um die UNO-Versammlung in New York herum gemeinsam eine „Lobby“ schaffen, sollten wir zusammen die von der DINA geführten Repressionen entlarven. (. . .)

FRAGE: Welche anderen Irrtümer bedauern Sie heute?



C. ALMEYDA: Wir haben vor allem ein Versehen begangen, das mir persönlich fundamental erscheint. Es ist ideologischer Art: wir haben nicht an eine gewisse revolutionäre Rechtmäßigkeit geglaubt. Wir sind tragischerweise **an der formalen, demokratischen Rechtmäßigkeit hängengeblieben**. Das ist es, was uns gelähmt hat . . . Auch auf taktischer Ebene haben wir schwerwiegende Irrtümer begangen. An erster Stelle haben wir die Mittel zur Information, die wir unter Kontrolle hatten, schlecht genutzt. Vergleichen Sie zum Beispiel den Einfluß der rechten Zeitung „El Mercurio“ mit dem unserer Presse. Das war ein Unterschied wie Tag und Nacht!

Fehler im ideologischen Kampf

Alles was sich auf die Orientierung der öffentlichen Meinung, den ideologischen Kampf, auf die Probleme der Kommunikation im Allgemeinen bezog, ist in katastrophaler Weise gehandhabt worden. Und das ganz und gar durch unseren Fehler!

Ich habe Bedenken, unsere ökonomischen Irrtümer aufzuzählen, da wir heute über diesen Bereich extrem unterschiedliche Einschätzungen haben. Gerade während der letzten Tage (gemeint ist 1973 vor dem Putsch, d. Red.) haben wir untereinander viel darüber diskutiert und ich muß gestehen, wir konnten zu keiner Übereinkunft kommen . . . Wir sind uns alle dessen bewußt, Irrtümer begangen zu haben. Die Divergenzen beziehen sich nur auf den Charakter dieser Irrtümer. Wir diskutieren weiter darüber. Im Exil haben wir alle Muße, dies zu tun . . .

FRAGE: Man hat auch viel von politischen Auseinandersetzungen innerhalb der Unidad Popular gesprochen . . .

C. ALMEYDA: Sie wurden sehr übertrieben. Das heißt, **es ist wahr, daß wir eine einzige Leitung hätten bilden sollen**. Nur sie hätte uns erlaubt, gemeinsam eine Reihe von Maßnahmen durchzuführen, während die Linke manchmal soweit gespalten war, daß es in bestimmten Fällen zu zwei vollkommen unterschiedlichen politischen Vorgehensweisen kam . . . Aber es ist auch wahr, daß es ganz normal war, daß es im Chile der Unidad Popular eine bestimmte Palette von Meinungen gab. In allen revolutionären Prozessen der Welt werden Sie Gemäßigte und Extremisten finden. Das liegt in der Natur der Sache. Das Drama bei uns war nur, daß der einheitliche Mechanismus nicht existierte. Obgleich unsere Streitigkeiten nichts mit denen gemein hatten, die das republikanische Spanien zerrissen haben, wo Anarchisten, Kommunisten und Republikaner letztlich im offenen Kampf lagen. Im Vergleich dazu waren unsere Meinungsverschiedenheiten gering, sehr gering . . . Wir haben uns nicht gegenseitig getötet . . .

Der Gegner: „Wie ein großer Krug voll Grillen“

FRAGE: Aber wie sah der Gegner während dieser Zeit in Ihren Augen aus?

C. ALMEYDA: Wie ein großer Krug voll von Grillen . . . Mit wahnsinnigen zu seiner Verfügung stehenden Kommunikationsmitteln! Die Lektüre des „Mercurio“ aus der Zeit vom September 1970 bis zum Putsch würde jedem Studenten der Geschichte, des Journalismus oder der Psychologie eine hervorragende Arbeitsgrundlage liefern! (. . .)

FRAGE: In dem Dokument, das die UP soeben veröffentlicht hat, findet sich zum erstenmal ein schreckliches Wort: Selbstkritik . . .

C. ALMEYDA: Die Unidad Popular ist sich jeweils in unterschiedlichem Grad, je nach dem politischen Standort, sehr wohl bewußt, daß die Fehler, die wir begangen haben, unsere

Unzulänglichkeiten, in direkter Beziehung zu unserer Niederlage stehen. Was mich anbetrifft, so meine ich, daß diese Analyse vertieft werden muß, um daraus Lehren für die Zukunft zu ziehen.

Wir sind uns nicht alle über diese Frage einig; weit gefehlt . . . Es gibt dennoch Bereiche, wo ein Zweifel nicht möglich ist. **So hat uns zum Beispiel eine Militärpolitik gefehlt.** Wir haben sie nicht ausgearbeitet. Da taten wir unrecht. Wir haben uns nicht die Mittel dazu gegeben, das zu verteidigen, was wir im Begriff waren aufzubauen und um im Falle des Scheiterns einen Gegenangriff starten zu können. Das ist **unser Hauptfehler.** Stattdessen wollten wir die Persönlichkeit jedes Offiziers berücksichtigen. Wir wollten die Gesinnung eines jeden innerhalb der Armee ändern: eine ideologische Offensive im Rahmen der Institutionen . . . Anstatt eine richtige-Strategie auf die Beine zu stellen! Welch ein Irrtum! Dem sind wir alle zum Opfer gefallen. Ja, das haben wir heute eingesehen: wir waren zu nachlässig. Das ist auf jeden Fall eine Lehre, die alle Europäer überdenken müssen. Die Italiener, die Spanier, die Franzosen. Vor allem die Franzosen.

FRAGE: Welchen Stellenwert messen Sie heute in Ihrer Analyse des Scheiterns der UP der ausländischen Einmischung gegenüber Ihren eigenen Fehlern bei?

C. ALMEYDA: Wir diskutieren unermüdlich darüber . . . Ich persönlich meine ausdrücklich: Alles was geschehen ist, ist voll und ganz der Fehler der Hauptakteure. Ich meine: es kann sehr wohl möglich sein, daß eine gewisse Anzahl von äußeren Faktoren zum Sturz der Unidad Popular beigetragen hat – vor allem die amerikanische Einmischung ist entscheidend gewesen – aber diese Einmischung ist nur durch unsere Irrtümer möglich gemacht worden; durch das Nichtvorhandensein unserer Militärpolitik; durch unsere Unzulänglichkeiten auf dem Feld des ideologischen Kampfes . . . Wir haben nichts getan, um eine ideologische Kontrolle der Gesellschaft zu verwirklichen. Wir haben die Mittel, über die wir verfügten, nicht genutzt. Wir haben dem kulturellen Kampf nicht genügend Bedeutung beigemessen. Und dann noch die bekannten ökonomischen Fehler, zu denen wir jeder eine unterschiedliche Einschätzung haben. (. . .)

(Quelle: Nouvel Observateur, Paris, 22. 11. 1976)

Kurzinformation

Erdöl

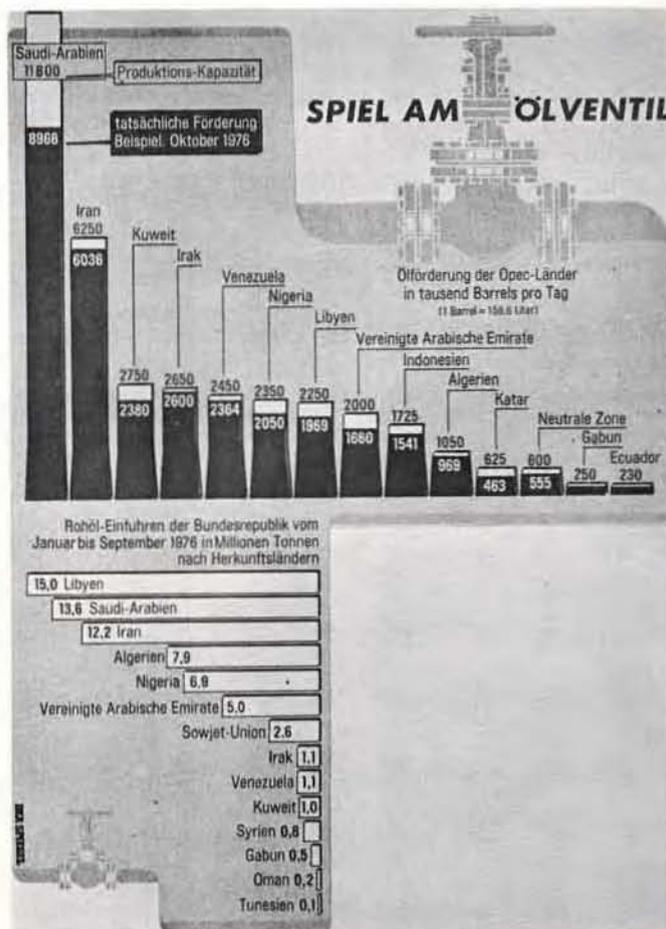
Die 48. Ministerkonferenz der Organisation Erdölexportierender Länder (OPEC) fand Mitte Dezember 1976 am Persischen Golf in Doha, der Hauptstadt von Qatar, statt. Für eine 10,4 %ige Erhöhung der Ölpreise am 1. 1. 1977, sowie für eine weitere Erhöhung um 5 % am 1. 7. 1977, stimmten von den 13 OPEC-Mitgliedern insgesamt 11 Länder: Algerien, Ekuador, Gabun, Indonesien, Iran, Irak, Kuwait, Libyen, Nigeria, Qatar und Venezuela. Dagegen kündigten Saudi Arabien und die Vereinigten Emirate für das ganze Jahr 1977 eine Preiserhöhung von nur 5 % an. Saudi Arabien, Hauptstütze des US-Imperialismus und der Ölkonzerne sowie Wortführer des rechten Flügels in der OPEC, erreichte in der Konferenz zweierlei: Es verhinderte ein einheitliches Vorgehen der OPEC für eine Preiserhöhung und drückte die Preisforderungen der meisten Länder, teilweise bis zu 30 %, herunter.

Ein entsprechender Beifall blieb nicht aus. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung schrieb am 16. 12. 1976: „Auf jeden Fall verdienen Saudi Arabien und die Emirate Lob und Anerkennung für ihre Einsicht . . . und für ihr . . . verantwortungsbewußtes Verhalten“. Doch das Ergebnis war in der Tat eher „ein Sieg für die Wirtschaftsdiplomatie der USA“ (Time, 27. 12. 1976), die ihre Kontakte zu Saudi Arabien in letzter Zeit verstärkt ausgebaut haben (vgl. Handelsblatt, 29. 12. 1976).

Sein proimperialistisches Wohlverhalten sucht Saudi Arabien nun als Großtat zur Lösung des Nahostkonflikts feilzubieten. Man erwarte von Washington als Gegenleistung mehr Druck auf Israel, denn dort „müssen die Resolutionen der Vereinten Nationen durchgesetzt werden . . . Das besetzte Land muß zurückgegeben werden, damit es eine Nation Palästina geben kann.“ – so der saudiarabische Ölminister Jamani in einem Interview mit dem Spiegel am 3. 1. 1977.

Was schließlich die Erhöhung der Einnahmen der Förderländer betrifft, so sind die USA ebensowenig an einer Finanzstärkung der fortschrittlichen Länder des Nahen Ostens interessiert wie Saudi Arabien, das darüber hinaus auch seinen bankrotten Rivalen am Persischen Golf, den Iran, im Auge hat. Diese Auseinandersetzungen sowie der neuerdings „ge-

spaltene“ Ölpreis werden die Existenz der OPEC jedoch kaum gefährden. So beurteilte beispielsweise das Handelsblatt am 20. 12. 1976, „daß Saudi Arabien und die Emire vom Golf es tatsächlich darauf anlegen, das Preiskartell zu zerstören, ist nicht nur unwahrscheinlich, . . . sondern beinahe undenkbar“.



Südafrikasolidarität

Anlässlich des South Africa Heroes' Day, Gedenktag für die zahllosen mutigen Männer und Frauen, die im Kampf um die Befreiung Südafrikas ihr Leben einsetzten, fand am 16. Dezember 1976 in London eine öffentliche Veranstaltung statt, zu der der Afrikanische Nationalkongress (ANC) eingeladen hatte.

In Anwesenheit des Generalsekretärs des ANC, Alfred Nzo, und zahlreicher Vertreter der internationalen Solidaritätsbewegung mit den Völkern des südlichen Afrika, verlieh der Präsident des Weltfriedensrates, Romesh Chandra, die Juliot Curie Medaille posthum an Bram Fischer. Bram Fischer, ein weißer Rechtsanwalt aus Johannesburg, Mitglied des ANC und der Kommunistischen Partei Südafrikas, hatte neun Jahre seines Lebens als politischer Gefangener des Rassistenregimes hinter Gittern verbracht, bis er 1975 in der Haft verstarb.

Auf der Festveranstaltung überreichte ein Vertreter des Antimperialistischen Solidaritätskomitees (ASK) dem ANC einen Scheck über 10 000 DM. Diese Summe war das Ergebnis eines Spendenaufrufs, den das ASK anlässlich der blutigen Ereignisse von Soweto an die bundesdeutsche Öffentlichkeit richtete und der zahlreiche Einzelspenden auf das Sonderkonto des ASK erbrachte.

In einem Gespräch mit Vertretern westeuropäischer Solidaritätskomitees unterstrich Alfred Nzo die Notwendigkeit verstärkter materieller Hilfe für den ANC. Das ASK ruft zur Fortführung der Spendenaktionen auf. Einzahlungen werden auf das Konto erbeten:

Prof. Erich Wulff, PSchA Frankfurt/M. – 527055-602 Kennwort „Südafrika“

SWAPO 1977 POSTER CALENDAR

In English Spanish French and Arabic Depicts the struggle of the Namibian People
Size A2 23x16 inches Price £1.50 20% Discount for orders of 10 or more copies
Full colour



Poster-Kalender der SWAPO mit Motiven und Texten des Volkes von Namibia. Mehrfarbig, Preis: 6,- DM; zu bestellen beim AIB.



Neue Abonnenten für's AIB werben!

Das AIB braucht die Unterstützung seiner Leser und Freunde, um auch im neuen Jahr Umfang und Preis (Einzelheft 1,50 DM, Jahresabonnement 15,- DM inklusive Porto) beibehalten zu können.

Eine große Hilfe ist Ihre Werbung neuer Abonnenten, wofür wir Ihnen eine Reihe von Buch- und Schallplattenprämien anbieten. Voraussetzung für die Prämie ist, daß die Abonnement-Gebühren für 1 Jahr überwiesen wurden, beide Namen und Anschriften vollständig eingetragen sind und die Unterschrift nicht vergessen wurde.

Anschrift: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg/L.

Für einen Abonnenten:

- G. Bröner/J. Ostrowsky, Die angolische Revolution. Analyse und Dokumentenanhang, Frankfurt/M. 1976
- H. Abdel Hadi u. a., Die BRD, Israel und die Palästinenser
- H.-J. Hennecke, Adelante Argentinos!
- P. Schütt, Vietnam – 30 Tage danach
- Paulo Freire, Pädagogik der Solidarität
- E. M. Kohl, Pablo (Chilenisches Kinderbuch)
- E. Hackethal, Kreuzweg Chile. Christen, Kirche und Klassenkampf vor und nach dem Militärputsch
- Protokoll des Tribunals gegen Kolonialismus und Apartheid im Südlichen Afrika – Bonn 1975
- P. Khalatbari, Ökonomische Unterentwicklung
- J.-L. Schmidt, Entwicklungsländer

Für zwei Abonnenten:

- Ruth Werner, Olga Benario, Geschichte einer deutschen Revolutionärin in Brasilien
- M. Uschner, Lateinamerika – Schauplatz revolutionärer Kämpfe
- S. Ramirez, Viva Sandino. Leben und Tod des ersten lateinamerikanischen Guerillaführers
- K. M. Schreiner, Sklave im eigenen Land. Unterdrückung und Widerstand im Südlichen Afrika
- E. Galeano, Die offenen Adern Lateinamerikas. Die Geschichte eines Kontinents von der Entdeckung bis zur Gegenwart
- S. I. Tjulpanow, Politische Ökonomie und ihre Anwendung in den Entwicklungsländern
- Ali Primera, Venezuela. Lieder aus Lateinamerika
- Isabel und Angel Parra, La Pena de los Parra. Lieder aus Chile

Ich habe für ein AIB-Abonnement gewonnen:

Name:

Anschrift:

Meine Adresse:

Name:

Unterschrift:

Buchwunsch:

Abu Daud und Israels „humanitäre“ Grenze



Die großbürgerliche Nahost-Berichterstattung stand zur Jahreswende 1976/77 ganz im Zeichen der neuerlichen Glorifizierung der israelischen Piratenaktion von Entebbe (Uganda), der Verherrlichung von Tel Avivs Operation „offene Grenze“ im Südlibanon und der gezielten Schürung des Terrorismus-Vorwurfs gegen die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO).

Unter dem Titel „Fernflug nach Entebbe“ erlebte Anfang Januar d. J. ein Film mit Charles Bronson in der Hauptrolle seine Uraufführung in Paris, der als prozionistischer Thriller über die „größte militärische Heldentat unserer Zeit“ angelegt ist. Im Jahresrückblick des Newsweek-Chefreporters Kubic wird wie schon zuvor in einer Spiegel-Serie das israelische Entebbe-Kommando zu einem „historischen“, „triumphalen Erfolg“ hochstilisiert, werden das Piratentum Tel Avivs wie die Ermordung von 20 ugandischen Sicherheitskräften nebst 10 palästinensisch-westeuropäischen Entführern als nicht der Rede wert abgetan. Im gleichen Atemzug wird diese Entebbe-Verniedlichung mit einer zweiten verknüpft, nämlich mit der sogenannten israelischen Politik des „guten Zauns“ (Newsweek, New York, 3. 1. 1977). Was schon in den Jahresrückblicken der bundesdeutschen Fernsehanstalten als Kontrast zwischen dem Blutvergießen im Libanonkrieg und der „humanitären“ Südlibanonpolitik Israels verkauft wurde, brachte der Bayernkurier am 8. 1. 1977 auf den Nenner: „Kleiner Grenzverkehr zwischen Israel und Libanon: Menschliche Ausnahme vom unmenschlichen Krieg ... Lösung nur ohne Arafat“.

Die Affäre um Abu Daud: Rufmord an der PLO

Hauptcharakteristikum dieser Kampagne ist es, daß sie den militärischen Interventionismus Tel Avivs sanktioniert (Entebbe) oder unter dem Schleier humanitärer Hilfe zu verbergen trachtet (Südlibanon), während sie zugleich alle Register zieht, um die Führung des palästinensischen Widerstandes in die Ecke des „Terrorismus“ zu stellen. Obgleich sich die autorisierten Repräsentanten der PLO immer wieder in unmißverständlicher Form von Terrorakten und speziell von Flugzeugentführungen anarchistischer Splittergruppen wie des „Schwarzen Septembers“ distanzieren haben, wird die PLO im Falle Münchens (1972) wie Entebbes (1976) zum Verantwortlichen gestempelt. Desgleichen sucht man Ausbruch und Blutvergießen des Libanonkrieges, zu dessen Hauptopfern die Palästinenser wurden (vgl. AIB, Nr. 9/1976 und Nr. 1/1977), wider besseres Wissen der PLO anzulasten. Auch hier wird eine neue Nuance sichtbar: Differenziert hebt man nunmehr vorrangig auf die Spaltung der PLO und die Ablösung ihrer konsequenten antiimperialistischen Führungspersönlichkeiten wie Yasser Arafat, Farouk Kaddoumi oder Abu Iyad ab – ein Anliegen, das sich mit dem des syrischen Präsidenten Assad und des israelischen Außenministers Allon trifft.

Eben dahinein gehört auch die Affäre um Abu Daud, der als offizieller Repräsentant der PLO zur Beisetzung des vom zionistischen Geheimdienst ermordeten zeitweiligen PLO-Vertreters Mahmud Saleh in Paris verhaftet wurde. Mit dem Politbüromitglied der Fatah, Abu Daud, dessen Auslieferung Israel und die BRD lauthals forderten, weil er angeblich Organisator der Geiselnahmeaktion des „Schwarzen September“ während der Olympiade 1972 in München gewesen sei, suchte man eben jene konsequente PLO-Führung in ihrer Gesamtheit zu treffen, sie als „Terroristenführer“, als identisch mit dem „Schwarzen September“ zu klassifizieren. Beispielsweise sprach die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) am 12. 1. 1977 von Dauds „Vorgesetztem“ Abu Iyad (dem stellvertretenden Fatah-Vorsitzenden) als „Arafat-Stellvertreter und Chef des ‚Schwarzen September‘“. So wird eine Mittäterschaft von Fatah- und PLO-Führung an internationalen Terroranschlägen wie in München unterstellt. Man tut dies unbeschadet des Eingeständnisses des bayerischen Staatssekretärs Seidel, daß die Recherchen der BRD-Staatsanwaltschaft für einen Auslieferungsantrag gar nicht ausreichen, ja daß Abu Daud ihr bis zur Festnahme in Paris weder verdächtig noch als Beteiligter der Münchner Aktion von 1972 überhaupt bekannt gewesen sei (vgl. Frankfurter Rundschau, 12. 1. 1977). Der Anstoß aber kam vom israelischen Geheimdienst ...

Als Gegenstück zu diesem Rufmord an der PLO-Führung dient seit Monaten immer wieder neu aufgewärmte Mär von der rein „humanitären“ Anlage der israelischen Libanonpolitik. Ungeachtet aller Enthüllungen zum militärischen Interventionismus Tel Avivs (vgl. AIB, 9/1976) folgte man den offiziellen israelischen Dementis mit höchster Bereitwilligkeit.

Zweck der „offenen Grenze“ im Südlibanon

Um ein geschickt eingefädelt propagandistisches Manöver handelt es sich bei dieser Politik des „guten Zauns“ zweifellos. Denn sie setzte parallel zu der syrisch-rechtslibanesischen Militäroffensive im Libanon und just zu dem Zeitpunkt ein, da Israel vor der Weltöffentlichkeit wegen seiner repressiven Besatzungspolitik in den okkupierten Gebieten unter heftigsten Beschuß geraten war. Desweiteren konnte man sich bei der Operation „offene Grenze“ in der Tat auf humanitäre Hilfeleistungen vorwiegend für die christliche Bevölkerung im Südlibanon berufen; darunter Israels medizinische Behandlung von rund 9000 Libanesen, die Bereitstellung von 330 Arbeitsplätzen für Pendler oder die Lieferung von im Bürgerkrieg knapp gewordenen Gütern des täglichen Bedarfs. Wie aus israelischen Quellen hervorgeht, wurde die Aktion den Militärkommandanten der okkupierten Gebiete bzw. des Golanbezirks anvertraut mit dem Ziel der Schaffung vollendeter militärischer Tatsachen im Südlibanon, d. h. der Niederhaltung der PLO, die eben hier ihr militärisches Potential konzentriert hat. Die humanitären Kontakte dienten folgerichtig vornehmlich der Vernebelung massiver israelischer Waffenlieferungen an die Rechtsmilizen, von automatischen US-Handfeuerwaffen bis hin zu Sherman-Panzern und Kriegsschiffen, israelischer Militärausbildung von libanesischen Rekruten sowie der Einrichtung von Artillerie- und Hubschrauberstützpunkten sowie von frei operierenden Patrouillen der israelischen Armee auf südlibanesischem Boden (vgl. Le Monde Diplomatique, Dezember 1976).

Gerade diese Interventionspolitik im Libanon macht deutlich, daß Israel sich zwar neuerdings in „humanitäre“ Gewänder hüllt, im Kern aber um keinen Deut von seiner Politik der „Stärke“ abrückt.